

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Herausgeber: [s.n.]
Band: 12 (2005)
Heft: 1

Rubrik: Besprechungen = Comptes rendus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

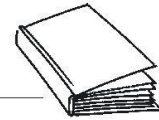
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



LITERATUR ZUM THEMA COMPTES RENDUS THEMATIQUES

KLAUS J. BADE EUROPA IN BEWEGUNG MIGRATION VOM SPÄTEN 18. JAHR- HUNDERT BIS ZUR GEGENWART

C. H. BECK, DURCHGESEHENE SONDERAUSGABE,
MÜNCHEN 2002 (URSPRÜNGLICH 2000), 510 S., € 19,90

Vor Jahren ist auf Initiative von fünf (lediglich westeuropäischen) Verlagen aus Deutschland, Grossbritannien, Spanien, Italien und Frankreich die Reihe «Europa bauen» ins Leben gerufen worden. Herausgegeben wird sie vom renommierten französischen Historiker Jacques Le Goff. Das selbst als ehrgeizig bezeichnete Ziel der Reihe ist es, der breiten europäischen Öffentlichkeit Bausteine zur Beantwortung fundamentaler Fragen zu liefern: «Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir?»

Solche für das europäische Selbstverständnis zentrale Fragen greift der vorliegende, erstmals 2000 und nun in einer durchgesehenen Sonderausgabe erschienene Band Wort wörtlich auf. Klaus J. Bade, einer der profiliertesten Migrationshistoriker der Bundesrepublik, thematisiert in dem umfangreichen und dennoch überschaubaren Band Phänomene, welche die europäische Geschichte wesentlich geprägt haben und sicher auch in Zukunft prägen werden: Die Wanderungsbewegungen in, aus und nach Europa in den beiden letzten Jahrhunderten des vergangenen Jahrtausends. Gleich in dreierlei Hinsicht handelt es sich um ein gewaltiges Unterfangen. Erstens wird die ganze Breite des Wanderungsgeschehens ins Blickfeld einbezogen. Je nach angesetzttem Klassifikationskriterium sind das Aus-, Ein- und Binnenwanderungen,

wirtschaftlich, beruflich-sozial, religiös-weltanschaulich oder politisch motivierte Migrationen oder Flucht- und Zwangswanderungen mit politischem, ethnonationalistischem und rassischem Hintergrund. Sie alle, jeweils milieu-, kultur- und geschlechtsspezifisch bestimmt, lassen sich wiederum lokalen oder zirkulären, temporären oder definitiven Migrationsmustern zuordnen. Der Band hat zweitens ganz Europa im Blick, von Skandinavien bis zum Mittelmeer und von den britischen Inseln bis zum «ostmitteleuropäischen Raum», so die gewählte unscharfe Formulierung. Dabei werden auch die Ausgangs- und Zielgebiete der Wanderungen von und nach Europa insofern berücksichtigt, als sie für das Verständnis der europäischen Migrationsgeschichte von Bedeutung sind. Drittens hat das Buch eine grosse Zeitspanne der neueren europäischen Geschichte im Visier. Abgesehen von dem als Auftakt zu verstehenden, gerafften Rückblick auf das 18. Jahrhundert sind das 19. und 20. Jahrhundert der eigentliche Untersuchungszeitraum. Die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg und die aktuellen Probleme, welche die Migrationen in der unmittelbaren Vergangenheit aufwerfen, erfahren eine besondere Berücksichtigung.

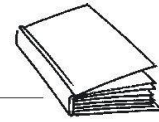
Es ist, wie Bade es selbst formuliert, ein hochgestecktes Ziel, das mit dem Band verfolgt wird: Eine formen-, länder- und epochenübergreifende Darstellung des komplexen, vielgestaltigen und fließenden Grenzen aufweisenden Wanderungsgeschehens in, aus und nach Europa. Versuche, eine solche Überblicksdarstellung oder gar Weltgeschichte als Geschichte der Wanderungen zu schreiben, hat es bis-

her nur vereinzelt gegeben. Dazu gehört das 1948 von Eugene Kulischer vorgelegte Buch *Europe on the Move*. Es stand nicht nur bei der Formulierung des Titels des hier besprochenen Bands Pate, der bisher einzigen Gesamtdarstellung zum europäischen Migrationsgeschehen der neueren Geschichte aus deutscher Feder. Wie eines seiner Vorbilder und aus guten Gründen bei einer Publikation, die sich an die breitere Öffentlichkeit wendet, strebt der Band nicht lückenlose Vollständigkeit an, auch wenn er bisweilen enzyklopädische Züge aufweist. Eine Darstellung anhand ausgewählter Beispiele mit Mut zur Lücke ist das Ergebnis. Die Studie will, aufbauend auf die vorhandenen Einzeluntersuchungen, die wesentlichen Migrationsbewegungen im modernen Europa strukturieren und sie so für das Verständnis der Gegenwart erschliessen. Dabei kommen insbesondere wirtschafts-, zudem sozial- und kulturhistorische Aspekte zur Sprache. Aber im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen die jeweiligen politischen und staatlichen Rahmenbedingungen für die miteinander verwobenen und ineinander verschränkten Migrationen. Der eigentliche Ansatz des Buches ist ein politikgeschichtlicher, der vom modernen europäischen Nationalstaat als Akteur und Objekt des Wanderungsgeschehens aus argumentiert. Dieser Ansatz erklärt den gewählten zeitlichen Rahmen der Betrachtung und stellt auch ein wesentliches, das Buch strukturierendes Element dar.

Der Band setzt, einem traditionellen Argumentationsmuster folgend, erst «richtig» mit der Sattelzeit um 1800 ein. Damals erfuhr Europa bei allen regionalen Spezifika und der Ungleichzeitigkeit von gleichzeitigem grundlegende soziale, wirtschaftliche und demografische Veränderungen. Sie gingen Hand in Hand mit der allmählichen Herausbildung der modernen Nationalstaaten im Zeital-

ter des Nationalismus und schufen die wesentlichen Voraussetzungen für das lange 19. und das kurze 20. Jahrhundert, auf die sich der Band konzentriert. Nach Bade weisen die beiden Jahrhunderte aus migrationsgeschichtlicher Perspektive unterschiedliche strukturelle Merkmale auf. War das Wanderungsgeschehen in Europa vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg – die «proletarischen Massenwanderungen» – von einem bis dahin und seither nicht mehr wieder erlebten Mass an Freiheit der Wanderungen über Grenzen bestimmt, so wurden die Wanderungsbewegungen des folgenden «Jahrhunderts der Flüchtlinge» in einem bis dahin nicht gekannten Masse durch politische Entwicklungen und staatliche Rahmenbedingungen ausgelöst beziehungsweise erzwungen und zugleich reglementiert und begrenzt. In den beiden Jahrhunderten vollzog sich der säkulare Wandel Europas vom Aus- zum Einwanderungskontinent.

Mit der gewählten Mischform von epochen- und strukturorientierter Gliederung gelingt es Bade, das sich ständig in Bewegung befindliche Europa in den Griff zu bekommen, dem Leser verständlich, anschaulich und gut lesbar nahe zu bringen. Bewusst verzichtet er auf Methodendiskussionen und eine Auseinandersetzung mit dem mittlerweile ausufernden Forschungsstand. In fünf chronologisch angeordneten Teilen, deren Umfang den gesetzten zeitlichen Schwerpunkt widerspiegelt, werden anhand von unterschiedlichen, die europäische Vielfalt widerspiegelnden Beispielen in quantitativer und qualitativer Form Charakteristika der jeweiligen Epoche und Besonderheiten in den einzelnen Regionen und Staaten Europas aufgezeigt und zueinander in Beziehung gesetzt. Erfreulicherweise verschwinden dabei die Migranten und ihre Perspektiven nicht vollständig hinter Strukturen, Zahlenreihen und Prozessen.



Auf die Wanderungen im Wandel von der Industrie- zur Agrargesellschaft (1. Teil), die Wanderungen im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhundert (2. Teil), der durch Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit bestimmten Epoche der Weltkriege (3. Teil) und die Wanderungen und Wanderungspolitik im Kalten Krieg (4. Teil) folgen schliesslich zum Abschluss Betrachtungen zum Einwanderungskontinent Europa am Ende des 20. Jahrhunderts (5. Teil). Bade stützt sich bei seinen Ausführungen auf die vorhandene grosse Zahl an Spezialstudien, deren Ergebnisse ihm vertraut sind, und die er wie die eigenen, jahrzehntelangen Forschungen in das breite Panorama der europäischen Wanderungsbewegungen gekonnt einflieht. Den eigenen, hohen Anspruch stets vor Augen, ganz Europa in Bewegung im Blickfeld zu behalten, ist dennoch ein Übergewicht auf der Betrachtung der west- und mitteleuropäischen Migrationsprozesse und hier wiederum jener mit Deutschland verbundenen unübersehbar. Das spiegelt sich auch im umfangreichen, über 30 Seiten umfassenden Literaturverzeichnis wider. Zusätzlich zu dem sehr nützlichen Register, das den dichten, in menschenfreundlicher Prosa geschriebenen Band zusätzlich erschliesst, wünscht sich die anvisierte Zielgruppe des Bands vielleicht zumindest ein paar Karten, welche die Orientierung im Raum und in der Zeit der komplexen Materie erleichtern, und einige Tabellen, welche die vielen Zahlen gelegentlich zusammenfassen würden.

Wie die Reihe, in der er erschienen ist, verfolgt der Band ein übergeordnetes Ziel. Er will mehr sein als eine reine historische Darstellung, denn, so der Autor, «aktuelle Migrationsprozesse kann besser beurteilen, wer abgeschlossene – mithin historische – überblickt und die Entwicklungen kennt, an deren Ende die Probleme der Gegenwart stehen». Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir?

Auf solche für das zusammenwachsende Europa grundlegende Fragen gibt das Buch viele kluge Antworten.

Mathias Beer (Tübingen)

**LAURIER TURGEON
PATRIMOINES METISSES
CONTEXTES COLONIAUX
ET POSTCOLONIAUX**

PARIS, EDITIONS DE LA MAISON DES SCIENCES
DE L'HOMME DE PARIS, QUEBEC, LES PRESSES
DE L'UNIVERSITE DE LAVAL, 2003, 234 P., € 17,10

Comment penser le patrimoine dans le contexte du jeu des identités attribuées, imposées ou cachées auquel sont soumis les humains?

C'est en partant de sa propre expérience de «Français du Québec», découvrant à partir du décès de sa mère que ses origines sont métissées et que sa «francité viscérale» repose en réalité sur peu de choses, que l'anthropologue Laurier Turgeon rejoint la petite troupe des auteurs attachés depuis quelques années à placer les concepts de métissage et d'hybridation au cœur des approches de l'anthropologie culturelle. Au patrimoine défini par les idées de pérennité, d'authenticité, d'enracinement dans des temps et des lieux immuables, il oppose, dans un livre théoriquement stimulant et nourri d'exemples concrets convaincants, un patrimoine décentré, en permanence fait et refait par les déplacements, les contacts, les interactions et les échanges entre individus et groupes.

Les conséquences de cette véritable révolution de l'approche anthropologique sont nombreuses, en particulier sur les politiques patrimoniales des Etats et de l'UNESCO, amenées à s'intéresser aux cultures mélangées et à leur extrême diversité, et sur les méthodes et les instruments des spécialistes soumis à un renou-

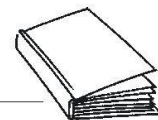
vement forcé. Ce n'est pas qu'on n'ait pas pris en compte les «contacts» et les «croisements» dans la longue tradition anthropologique. Mais les concepts dont on se sert depuis Boas (1920) pour en analyser les effets – *acculturation*, *assimilation* –, appliqués aux contacts entre les peuples, et notamment entre dominants et dominés, colonisateurs et colonisés, produisent un résultat constant: au contact avec une culture dominante, le dominé passe d'un état de culture authentique à un état altéré, composite, dévalorisé, l'échange inégal conduisant à une transgression de sa culture d'origine, voire à son oubli quand l'assimilation est réussie. Pour sortir de ces impasses sémantiques, les anthropologues ont depuis les années 40 inventé de nouveaux concepts, comme *transculturation*, *interculturalisation*, *interculturel*, pour désigner les négociations, les interactions et les échanges complexes qui travaillent les individus et les groupes en situation de contact – en particulier l'appropriation sélective par les migrants d'éléments de la culture d'accueil. Mais toujours cette volonté d'ouverture aux autres se trouve court-circuitée par les réflexes de repli et finit par désigner le processus d'intégration lui-même.

En plaçant le «métissage» au centre de tout processus culturel, en affirmant qu'il n'y a de cultures que d'échanges, même dans les temps longs qui semblent les figer et les isoler – dans les pays les plus périphériques comme dans le monde occidental – l'anthropologie d'un Laplantine et d'un Nouss (*Le métissage*, Paris, 1997), d'un Gruzinski (*La pensée métisse*, Paris, 1999) et celle de Turgeon s'obligent à renouer fortement avec les méthodes de l'histoire, de l'archéologie, de l'histoire de l'art. Les cultures se construisent depuis toujours par une dialectique d'interrelations multiples, a fortiori dans un monde en voie de globalisation.

C'est à démontrer comment le métis-

sage intervient dans la construction et la transmission des patrimoines qu'est consacré le livre de Laurier Turgeon. Depuis la découverte de l'Afrique australe, de l'Australie, de l'Océanie et de l'Amérique par les Européens aux 15^e–16^e siècles, ont existé des formes variées de mondialisation, autrement dit d'eupéanisation du monde. Dans ce processus d'appropriation violente, l'échange est certes inégal, mais jamais univoque. Turgeon explore les contacts, les emprunts réciproques, les mélanges par lesquels les cultures – entités culturelles non stables, systèmes constitués de manière relationnelle et donc toujours déjà métissés – se construisent en permanence, dans lesquels ils tirent leur force et réalisent leur aptitude à créer. Il s'intéresse aux relations de soi à l'autre comme un champ de tension, de conflit, de mouvement, où se négocient les échanges et les emprunts. «Le patrimoine, dit-il, définit un champ interactif qui permet au sujet de se construire.» (25) En remontant à la colonisation européenne du Canada, il entend aussi éclairer les mécanismes à l'œuvre dans le monde contemporain canadien. Ses études de cas sont des modèles de déconstruction propres à mettre au jour les éléments qui les composent: elles nous conduisent d'un texte d'archive du 18^e siècle à la cuisine du monde dans les restaurants du Québec d'aujourd'hui, en passant par l'usage culturel d'un produit d'importation, le chaudron de cuivre, tant par les Amérindiens que par les Euro-canadiens lorsqu'ils se le réapproprient comme patrimoine, un site archéologique, l'ethnoscopie d'un lieu...

Mais en fin de compte, l'auteur nous met aussi en garde contre la mode du tout métissage en vogue depuis quelques années jusque dans le champ de l'art contemporain et de la littérature. Autrefois employé pour condamner les mélanges ethniques dans les colonies, le métissage deviendrait-il aujourd'hui une méta-



phore pour dire le monde postmoderne, une nouvelle essence d'identité? Pire, l'incorporation de la différence dans ses combinaisons infinies à l'état postcolonial ne contribue-t-elle pas à faire des particularismes culturels et de leur défense une forme universelle de la domination culturelle postmoderne? Le plaidoyer de Laurier Turgeon pour les patrimoines métissés ne peut ainsi éluder la question des contraintes qui s'exercent aujourd'hui, comme naguère, sur le sujet métis.

Erica Deuber Ziegler (Genève)

**GERALD ET SILVIA ARLETTAZ
LA SUISSE ET LES ETRANGERS
IMMIGRATION ET FORMATION
NATIONALE (1848–1933)**

LAUSANNE, ANTIPODES & SOCIÉTÉ D'HISTOIRE
DE LA SUISSE ROMANDE, 2004, 167 P., FS. 26.–

Gérald et Silvia Arlettaz relèvent, dans le présent ouvrage, le pari difficile de condenser leurs recherches de longue date sur l'immigration en Suisse pour en faire une synthèse couvrant une période large de près d'un siècle. L'étude est articulée sous l'angle des corrélats existant entre la politique d'immigration et la construction de l'Etat fédéral, entendue sous le double aspect de l'évolution des structures politiques et de la définition d'une identité nationale. Il en résulte un ouvrage fort riche et néanmoins concis, entrouvrant de multiples pistes pour de nouvelles recherches historiques.

Deux constats majeurs prennent corps au fil du texte. D'une part, la délimitation de la notion même de population étrangère ainsi que son intégration dans la Confédération, apparaissent périodiquement comme enjeu dans les processus de centralisation des politiques cantonales. D'autre part, la population étrangère constitue un référentiel sans cesse utilisé pour définir

et construire une identité nationale. Au 19^e siècle et jusqu'à la Première Guerre mondiale, l'accueil des étrangers et des étrangères sert ainsi à affirmer la cohésion politique et juridique du nouvel Etat, qui y trouve l'occasion de proclamer ses idéaux républicains et libéraux – droit de libre circulation des personnes et des biens, de libre établissement, liberté du commerce et respect des libertés d'opinion. Le droit d'asile, affirmé dès la création de la Confédération, en est la marque: il n'est pas défini comme un droit individuel de la personne cherchant refuge, mais en tant qu'action politique de l'Etat, pour autant qu'il ne mette pas en danger l'ordre social établi. A partir de la Première Guerre mondiale, c'est le contrôle et la circonscription de l'immigration qui sont érigés en défense d'une cohésion nationale contre les troubles de l'ordre bourgeois et mis au service du développement économique à travers une gestion stricte de la main d'œuvre étrangère.

Gérald et Silvia Arlettaz adoptent dans l'ouvrage une structure chronologique et examinent, dans un premier temps, les années 1848–1914 et par la suite la période 1915–1933, dont la borne temporelle est la première Loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers de 1931 et son Ordonnance d'exécution de 1933, législation régissant toujours la politique d'immigration suisse. Découpage quelque peu discutable, puisque, malgré le postulat d'une rupture dans la politique d'immigration durant la Première Guerre mondiale, l'étude démontre plutôt une continuité des priorités en matière de gestion des flux migratoires: fournir une main d'œuvre suffisante pour le marché du travail helvétique et sauvegarder l'ordre social bourgeois. Ainsi, si la régulation de l'immigration se modifie durant la période étudiée, c'est en fonction de la configuration politique en Suisse, du degré de centralisation de l'Etat fédéral et des caracté-

ristiques de la population immigrée.

Les compétences en matière de politique étrangère sont marquées, durant le 19^e siècle, par un permanent va-et-vient entre les instances cantonales et fédérales, et un progressif chapeautage fédéral, institué notamment grâce aux pleins pouvoirs du Conseil fédéral durant la Première Guerre mondiale. Auparavant toutefois, via le Bureau fédéral de la statistique (créé en 1860), les autorités centrales procèdent à un dénombrement de plus en plus systématique de la population étrangère, en instrumentalisant les chiffres pour circonscrire l'immigration. La mise en place de la Police fédérale des étrangers en 1917, et son objectif affiché de surveiller les activistes de gauche, donne l'impulsion à l'institutionnalisation du contrôle et de la restriction des droits d'établissement d'une partie de la population immigrée. Une orientation qui trahit l'antisocialisme virulent des autorités helvétiques à la sortie de la Première Guerre mondiale ainsi que leur antisémitisme. Heinrich Rothmund, directeur de la Police fédérale des étrangers dès 1919 et Heinrich Häberlin, chef du Département fédéral de justice et police sont les protagonistes officiels de la double orientation de la politique d'immigration: contrôle social et main d'œuvre malléable pour l'économie suisse.

Dans cette perspective, manque, à notre sens, une pièce au dossier: celle du rôle central que jouent les rapports sociaux de sexes dans la construction d'une identité nationale et dans la politique suisse à l'égard des étrangers et des étrangères. Certes, apparaissent bien, ici et là, quelques notations sur l'«élément féminin», mais non une réelle prise en compte des rapports de genre. Or, la différenciation sexuée au sein de la société structure le marché du travail et constitue un facteur capital dans l'acquisition ou la perte de la nationalité suisse, ainsi que dans la

définition des droits et des devoirs, notamment dans le domaine des assurances sociales. Une omission qui dessert la pertinence et la finesse de propos, lorsque les auteur·e abordent des questions ressortissant du droit de cité, de la naturalisation ou du marché de l'emploi.

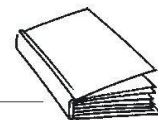
Malgré cette limite, l'ouvrage fournit un outil de travail très utile, notamment grâce à l'analyse de séries statistiques, qui forment le chapitre introductif. Les bornes chronologiques de ce chapitre débordent d'ailleurs la période étudiée et présentent le mérite de rendre compte simultanément des flux migratoires et de l'évolution de la population suisse et étrangère. Ainsi l'analyse comporte le grand avantage de ne pas stigmatiser la population immigrée et de décroiser le champ de la recherche scientifique. Une synthèse à la fois riche et pertinente donc, qui contribue à plus d'un titre à l'élargissement de la réflexion historique et politique sur l'immigration, sujet d'une brûlante actualité.

Nora Natchkova (Lausanne)

**HANS-RUDOLF WICKER,
ROSITA FIBBI, WERNER HAUG (DIR.)
LES MIGRATIONS ET LA SUISSE
RESULTATS DU PROGRAMME
NATIONAL DE RECHERCHE
«MIGRATIONS ET RELATIONS
INTERCULTURELLES»**

ZÜRICH, SEISMO, 2003, 566 P., FS. 68.–

L'urgence du thème de l'immigration se fait sentir actuellement dans les grands programmes de recherche développés en Suisse. Les principaux résultats du programme national de recherche (PNR) 39 «Migrations et relations interculturelles», mené entre 1995 et 2002, ont récemment paru dans la collection «Cohésion sociale et pluralisme culturel», initiée par le Forum suisse pour l'étude des migrations



dans le but d'accroître la visibilité des recherches sur le thème des migrations, de la différence culturelle et des conséquences sociétales des migrations transnationales. Cet ouvrage collectif, dirigé par trois membres du groupe d'experts du PNR 39, l'ethnologue Hans-Rudolf Wicker et les sociologues Rosita Fibbi et Werner Haug, vient à point nommé: non seulement parce que les flux migratoires ont subi un changement profond au cours des années 1980–1990, mais aussi au vu de la nécessité de réexaminer un certain nombre des concepts en usage dans notre pays dans le domaine considéré.

Avec ses vingt contributions rédigées par des spécialistes issus de différents champs des sciences sociales, juridiques et médicales, ce recueil d'articles confirme les tendances dominantes de la recherche, tout en marquant une ouverture notable sur deux aspects importants. Premièrement, la reconnaissance du fait que la Suisse, traditionnellement plurilingue et pluriconfessionnelle, est devenue au cours des 50 dernières années un pays pluriculturel, dont l'hétérogénéité culturelle s'est fortement accrue suite aux changements intervenus dans les flux migratoires. Déjà présente à l'esprit des chercheurs engagés dans le programme national de recherche 21 «Pluralisme culturel et identité nationale» lancé en 1985, cette ouverture a dépassé le stade de la recherche identitaire. Deuxièmement, l'abandon progressif des concepts classiques d'acculturation/intégration au profit d'une vision moins substantielle, plus mobile et plus complexe des cultures, dans laquelle le pays d'accueil, selon la belle formule de l'écrivain franco-libanais Amin Maalouf, «n'est ni une page blanche ni une page achevée, c'est une page en train de s'écrire».

Organisé en quatre parties, encadré d'un texte introductif et épistémologique rédigé par Hans-Rudolf Wicker et d'une

postface de Rosita Fibbi identifiant des pistes de recherche laissées en friche, l'ouvrage *Les migrations et la Suisse* embrasse les dimensions multiples qui unissent les migrations et les relations interculturelles. Les 20 contributions s'articulent autour de quatre thématiques principales. Tout d'abord, un questionnaire sur la mobilité transnationale, les droits civiques et les identités, à partir de réflexions sur l'évolution et les effets de la politique suisse d'immigration au cours de la seconde moitié du 20^e siècle, la mobilisation et les revendications publiques des immigrés en Suisse et en France, les droits fondamentaux dans la société d'immigration ou la pratique suisse en matière de politique d'asile. Dans la deuxième partie intitulée «Les villes et leurs étrangers», trois articles s'intéressent respectivement à la différenciation socioculturelle de l'espace résidentiel, aux structures relationnelles identifiées dans des quartiers d'immigrés et au rôle joué par des mesures d'urbanisme et des politiques du logement dans le processus de l'intégration des migrants. Les six contributions de la troisième partie, consacrée à l'économie et à la migration, étudient le positionnement de la main-d'œuvre autochtone et immigrée sur le marché du travail suisse au tra-vers d'études sur le recrutement, le traitement salarial ou la promotion hiérarchique des étrangers. L'ouvrage se clôt sur une analyse de l'intégration des migrants à la société civile, abordée sous l'angle de la gestion des problèmes sociaux rencontrés par les étrangers, du fonctionnement des couples binationaux, la valorisation des langues de l'immigration sur le marché du travail, l'insertion des jeunes adultes de la «deuxième génération» dans la société suisse, l'encadrement préscolaire des enfants d'immigrés ou le système de soins offert aux migrants.

Les résultats du PNR 39 soulignent

le rôle du travail et de l'école comme intégrateurs structurels des immigrés, mais font également état de l'absence de politique publique d'intégration sociale et culturelle. Des études récentes conduites sur les villes et leurs étrangers ont par ailleurs permis d'établir que la ségrégation spatiale des groupes d'immigrés, relativement faible en Suisse jusqu'à ces dernières années, risquait de s'accroître à l'avenir, conjointement au repli religieux et linguistique de certaines communautés.

La critique principale que l'on pourrait émettre à la lecture de ce recueil va bien au-delà des projets conduits dans le cadre du PNR 39. Si on considère l'ensemble des recherches consacrées ces dernières années à l'étude des populations migrantes en Suisse, on constate que la plupart se confrontent à des questions d'ordre juridique, démographique, politique, social et économique, laissant largement en suspens la dimension culturelle du phénomène migratoire. En Suisse, devenue progressivement une société d'immigration, on n'attend plus des migrants l'abandon pur et simple de leur culture d'origine et l'assimilation à une culture nationale donnée. Dans le concept d'intégration, au contraire, on commence à admettre, à côté des facteurs d'assimilation qui restent obligatoires ou recommandés (travail, scolarisation, codes, législation, langues, valeurs, etc.), la conservation de traits culturels d'origine, la coexistence et l'interpénétration des cultures, la reconnaissance mutuelle, le dialogue interculturel, les liens qui se construisent (davantage que les sentiments identitaires réactifs), la fécondation de la culture locale par celle des nouveaux arrivants, etc. Les métissages découlent bien sûr des rapports de force entre les groupes en présence. Mais pour fonctionner, l'échange, même lorsqu'il est inégal, repose sur une certaine réciprocité. Prendre conscience de la réalité de l'échange reste un projet,

la plupart des habitants restant attachés aux représentations stéréotypées de leur propre culture et de celle des autres. De telles recherches, qui sont encore à entreprendre, devraient permettre de mieux comprendre le fonctionnement de la rencontre entre cultures provoquée par les migrations, la construction de sociétés pluri- et interculturelles, la coexistence d'individus et de groupes en mouvement, entre frontières et réseaux, aux identités plurielles et métissées.

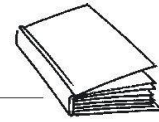
Le constat qui s'impose au terme de la recherche du PNR 39 est le suivant: les droits de l'homme étant devenus les références obligées du cadre démocratique, ils s'appliquent à la société pluriculturelle, à la nôtre en particulier, et tout modèle de cohabitation doit se construire selon ces critères universels, reconnaissant l'égalité des cultures aussi bien que leurs irréductibles différences. Les connaissances générées par le PNR 39 et présentées dans ce volume contribuent à une meilleure compréhension des phénomènes de migrations et de relations interculturelles, offrant des instruments pour repenser la politique et les usages relatifs aux migrants.

Natalia Tikhonov (Genève)

JOSEF MARTIN NIEDERBERGER
AUSGRENZEN, ASSIMILIEREN,
INTEGRIEREN
DIE ENTWICKLUNG EINER SCHWEIZERISCHEN INTEGRATIONSPOLITIK

SEISMO, ZÜRICH 2004, 158 S., FR. 28.–

Seit mehreren Jahren ist eine rege Publikationstätigkeit zur Geschichte der Migration in der Schweiz festzustellen, wobei die italienische Einwanderung auf Grund ihrer langen Tradition besondere Aufmerksamkeit erfährt. Zum Teil im Nachgang des im Jahre 2002 abgeschlossenen Nationalen Forschungsprogramms 39 («Mi-



gration und interkulturelle Beziehungen») stehen nun weitere Publikationen aus der Deutsch- wie der Westschweiz an, für die es sich lohnt, den aktuellen Katalog des Seismo Verlags zu konsultieren.

Der Soziologe Josef Martin Niederberger analysiert in seinem Buch die schweizerische Integrationspolitik seit Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Veröffentlichung der Umriss eines Integrationskonzepts der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) im Jahr 1996. Der Autor ist wissenschaftlicher Projektleiter beim Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien in Neuenburg und hat sich in den letzten Jahren mit aktuellen Forschungsfeldern der Migration beschäftigt. Bereits 1982 wurde von Niederberger eine grundlegende Analyse der «politisch-administrativen Regelung von Einwanderung und Aufenthalt von Ausländern in der Schweiz» vorgelegt (in H.-J. Hoffmann-Nowotny, K.-O. Hondrich (Hg.): *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz*, Frankfurt a. M. 1982, 11–123).

Niederberger beschränkt sich in seiner neuen Publikation auf die «Integration im rechtlichen Sinne», welche er anhand der eidgenössischen gesetzlichen Grundlagen analysiert. Angereichert wird diese Darstellung jedoch durch «Beschreibungen des faktischen Integrationsgeschehens». (7) Das «Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer» (ANAG) aus dem Jahre 1931 bestimmt bis heute die schweizerische Integrationspolitik. Die vielen Versuche von Behörden und Parteien, seither mit neuen Gesetzesentwürfen eine Kursänderung zu bewirken (so das neue Ausländergesetz, welches 1982 an der Urne abgelehnt wurde, oder die Gesetzesvorlagen zur erleichterten Einbürgerung, welche in den Jahren 1983 und 1994 scheiterten), und die Initiativen, die die Einwanderung in die Schweiz beschränken oder eine offenere Ausländerpolitik

initiiieren wollten, brachten, zum Teil äusserst knapp, nie das erforderliche Mehr in Volksabstimmungen auf. Trotz Abstimmungsniederlagen und massivem Druck durch politische Initiativen gelang es den Bundesbehörden nach Ansicht von Niederberger dennoch, in einem «zögerlichen Gang» eine Integrationspolitik zu verfolgen, «die integrationsfreundlicher war als diejenige einer (schmalen) Mehrheit des Volkes und der Kantone, die aber weniger Offenheit gegenüber den Einwanderern beinhaltete, als eine Minderheit des Souveräns dies [mit der Mitenand-Initiative von 1981] wünschte». (154)

Die Ursprünge dieser behördlichen Integrationspolitik verortet Niederberger Anfang der 1950er-Jahre mit dem Beginn der bis heute (wellenförmig) andauernden Einwanderungsbewegung. Ebenso gut lässt sich hierfür die Inkraftsetzung des ANAG am 26. März 1931 nehmen, welche gleichzeitig den Schlusspunkt hinter eine zunehmend restriktive Ausländerpolitik seit der Jahrhundertwende setzte. Die seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates durch die wirtschaftliche und liberale Elite vertretene Freizügigkeit gegenüber ausländischen Arbeitskräften kam im Vorfeld des Ersten Weltkriegs nicht zuletzt durch die sozialrechtlichen Probleme der stetig steigenden Ausländerzahlen und der Gleichstellungs- und Einbürgerungsfrage unter Druck. Im Gefolge der «Überfremdungs»-Debatte wurden die ausländischen Arbeitskräfte vermehrt als Bedrohung wahrgenommen. Obwohl mit dem Ersten Weltkrieg die Anzahl der Ausländer massiv zurückging, wurde das Thema zum «Agens einer gesamt nationalen gesellschaftspolitischen Operation, bei der es um mehr als um die Ausländerfrage ging». (22)

Mit dem ANAG wurde ein Polizeigesetz geschaffen, welches zentralisiert die Einreise und den Aufenthalt regelte. Der nach dem Zweiten Weltkrieg einset-

zende massive Arbeitskräftebedarf führte 1948 zu einer bilateralen Vereinbarung mit Italien, welcher in den 1960er-Jahren weitere (so mit Spanien) folgten. Dabei galt die Sorge der verantwortlichen Bundesbehörden (BIGA, Fremdenpolizei) der Reversibilität der Einwanderung, um bei konjunkturellen Schwankungen rasch reagieren zu können. Ab den 1960er-Jahren lief diesem Konzept der Nichtintegration jedoch die (mit dem stabilen Wirtschaftsaufschwung) stetig steigende Aufenthaltsdauer der primär aus Italien stammenden «Fremdarbeiter» zuwider. Aus dem Ausland wuchs der Druck für eine grosszügigere Handhabung des Familiennachzugs. Die Unternehmen hatten kein Interesse an einem stetigen Austausch der einmal eingearbeiteten Arbeitskräfte, weshalb «die Wirtschaft effektiv zum primären Auslöser eines faktisch, wenn auch nur aspekthaft geschehenden Integrationsprozesses [wurde], der dann sekundär politisch abgesichert werden musste». (152)

Als Reaktion auf die Veränderungen im Wanderungsverhalten publizierte die «Studienkommission für das Problem der ausländischen Arbeitskräfte» im Jahr 1964 einen Bericht (Niederberger stellt ihn eingehend dar), der weit über die 1960er-Jahre hinaus die behördliche Vorstellung über Integration (respektive die einseitige Anpassung der fremden Arbeitskräfte durch «Assimilation») beeinflusste.

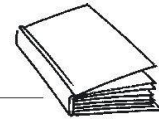
Der Versuch, die Ausländerzahlen zu stabilisieren, zeigte bis zum Erdölchock nur sehr beschränkt Erfolg. Als Antwort auf die erneut äusserst virulente Überfremdungsdebatte wurde mit der «Eidgenössischen Konsultativkommission für das Ausländerproblem» (heute die EKA) ein Organ geschaffen, in welchem in der ersten Phase seines Wirkens zwar keine Ausländer Einsitz nehmen konnten, aber neben wirtschaftlichen und politischen Aspekten vermehrt auch menschliche Belange der (Arbeits-)Migration, so die

Wohn- und Schulfrage, ins Zentrum rückten. In der EKA sieht Niederberger «das einzige nicht aus der Rechtsstellung hervorgehende potentielle integrationspolitische Instrument, über das der Bund ab 1970 verfügte». (154)

Es ist Niederbergers Verdienst, aus Forschungsergebnissen anderer Autoren und Autorinnen sowie eigenen ergänzenden Untersuchungen den grossen Bogen zu schaffen und über 100 Jahre hinweg die Gestaltung der Schweizer Integrationspolitik darzustellen. Vor diesem Hintergrund erhalten die aktuellen Debatten zu einem neuen Ausländergesetz oder die Abstimmungsniederlagen zur erleichterten Einbürgerung schärfere Konturen. Niederberger hat ein in seinen Wertungen prägnantes, einleuchtendes und anschauliches Buch vorgelegt, welches von Forschenden zur Migrations- und Integrationspolitik gelesen werden sollte.

Etwas schmal ist der Anhang dieser Publikation mit der kurzen Bibliografie geraten und die singuläre Bedeutung dreier abgebildeter Quellen aus den Jahren 1946–1948 bleibt unklar. Aus historischer Sicht besteht noch Bedarf nach einer detaillierten Aufarbeitung des behördlichen Umgangs mit sozialen Problemen ausländischer Arbeitskräfte.

Matthias Hirt (Bern)



ÜBERFREMDUNGSDISKURS: KONTINUITÄTEN – WIRKUNGS- MACHT – AKTEURE

PATRICK KURY
ÜBER FREMDE REDEN
ÜBERFREMDUNGSDISKURS UND
AUSGRENZUNG IN DER SCHWEIZ
1900–1945

CHRONOS, ZÜRICH 2003, 271 S., FR. 48.–

THOMAS BUOMBERGER
KAMPF GEGEN UNERWÜNSCHTE
FREMDE
VON JAMES SCHWARZENBACH
BIS CHRISTOPH BLOCHER

ORELL FÜSSLI, ZÜRICH 2004, 304 S., FR. 49.–

Der Begriff «Überfremdung» hat in der Schweiz eine in Europa beispiellose Karriere gemacht und bestimmt seit mehr als einem Jahrhundert die Art und Weise, wie «Fremde», MigrantInnen und AusländerInnen, wahrgenommen werden und wie mit ihnen umgegangen wird. Noch Mitte der 1990er-Jahre hat ein heutiges Mitglied der Schweizer Regierung vor einer Zunahme der «Überfremdung» im Falle eines EU-Beitritts gewarnt. Wenn auch in den letzten Jahren der Begriff in öffentlichen Debatten immer weniger zu finden ist, beeinflussen das vielseitig verwendbare Bedrohungsbild der «Überfremdung» und die damit verbundenen diskriminierenden Vorstellungen unerschütterlich weiterhin manche Entscheidungen von Behörden, PolitikerInnen und StimmbürgerInnen in der Migrationspolitik.

Der Historiker Patrick Kury hat mit seiner Studie die Entwicklung des Überfremdungsdiskurses von der Wende bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts nachgezeichnet, wobei er sich vor allem auf die Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Mitte der 1920er-Jahre konzentriert. Wie er betont, spricht einiges dafür, dass es sich beim Begriff «Überfrem-

dung» um ein schweizerisches Produkt handle. Auf Grund seiner dialektischen Funktion ermöglicht der Überfremdungsbegriff «bis heute eine Selbst- und Fremddefinition des «Schweizerischen» und dient während Krisenzeiten immer wieder als gesellschaftliches Bindemittel». (215) Wie Kury belegt, waren die Ängste vor einer vermeintlichen «Überfremdung» in jener Phase am stärksten, in welcher der Anteil der in der Schweiz lebenden AusländerInnen den tiefsten Stand des gesamten Jahrhunderts erreichte.

Kury beschreibt zunächst, wie schweizerische Intellektuellenkreise im Zuge des wiederbelebten radikalen Nationalismus in Europa vor dem Ersten Weltkrieg erstmals Konzeptionen des Überfremdungsbegriffs entwarfen. Wie bereits andere historische Studien zu Rechtsintellektuellen und Kulturzeitschriften der Jahrhundertwende zeigen, wurde die «Fremdenfrage» zusehends mit der Debatte um das nationale Selbstverständnis der Schweiz verbunden. Während die Ausländerfrage «von Anbeginn durch den eher emotionalen, essenzialistisch-romantisch geprägten Identitätsdiskurs mitbestimmt» war, (47) ermöglichte «das Reden über «die Fremden» eine Selbstbestimmung ex negativo» und diente «als eines der Instrumente der nationalen Homogenisierung». (48) Dies kontrastierte in den 1910er-Jahren jedoch noch mit der Migrationspolitik der Behörden, die weitgehend durch eine liberal-inklusive Haltung geprägt war, vor allem in Diskussionen um die Einbürgerungsfrage. Zum Beispiel spielte in der Forderung nach erleichterter Einbürgerung, die auch die Option des *jus soli* enthielt, der rechtlich-republikanische Gedanke mit, dass Einbürgerung Vorbedingung und nicht Ergebnis einer «Assimilation» sei.

Das Neben- und Miteinander der «Fremdenfrage» und des Diskurses über nationale Identität leitete dann «die essentialistische Wende hin zum Überfrem-

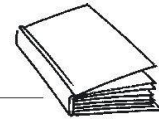
dungsdiskurs während des Ersten Weltkriegs» (71) ein. So veränderte sich mit dem Krieg in der Schweiz wie in allen europäischen Ländern der Umgang mit Migrantinnen und Migranten grundlegend und führte zu einem ausgeprägten kulturellen und wirtschaftlichen Protektionismus. Indem die Frage nach dem «Wesen der helvetischen Gemeinschaft» und die Hinweise auf die begrenzten Assimilationsmöglichkeiten der Schweiz eine zentrale Rolle zu spielen begannen, ging es nun nicht mehr nur um quantitative, sondern auch um qualitative Aspekte der Immigration, welche mit kulturalistischen oder gar «rassischen» Argumenten untermauert wurden.

Wie Kury bemerkt, fanden diese Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen statt und wurden von mehreren staatlichen Institutionen unter Beteiligung verschiedener Akteure geführt. Dabei interessiert Kury in erster Linie der Expertendiskurs, getragen von einigen eng miteinander arbeitenden Juristen. Dazu gehörten, um nur die einflussreichsten zu nennen, Ernst Delaquis, von 1919 bis 1929 Chef der eidgenössischen Polizeiabteilung und Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Bern, Walther Burckhardt, renommierter Staats- und Völkerrechtler und Mitglied verschiedener Expertenkommissionen, Max Ruth, von 1920 bis 1944 erster Adjunkt der eidgenössischen Polizeiabteilung, und Heinrich Rothmund, von 1919 bis 1929 Leiter der Fremdenpolizei und danach Chef der eidgenössischen Polizeiabteilung.

Geprägt von sozialdarwinistischen und zum Teil «rassischen» und völkischen Vorstellungen und oftmals in eine biologistische Sprache gekleidet, entwickelte sich der Überfremdungsdiskurs in den 1920er-Jahren zum eigentlichen Abwehr- und Ausgrenzungsinstrument in der Zulassungs- und Niederlassungspolitik gegenüber AusländerInnen. Dabei ver-

mischten sich nicht nur kulturelle und soziale Argumentationen, sondern es kam auch vermehrt zu einer Koppelung von Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik. Die so genannte «Auslese» wurde zum zentralen Begriff in der Migrationspolitik, was auch «das Eindringen von diskriminierenden Diskursen mit antisemitischem, ethnisch hierarchisierendem und biologistischem Gehalt» (212) und von Texten zu Degenerationstheorien aus Medizin und Psychiatrie ermöglichte. Wie elastisch und flexibel einsetzbar der Überfremdungsbegriff war, verdeutlicht der diskriminierende Diskurs gegenüber Juden, insbesondere Ostjuden, der seit dem Erstarken des Antisemitismus mit der essenzialistischen Wende im Ersten Weltkrieg fester Bestandteil des Bedrohungsbildes der Überfremdung wurde.

Wie Kury weiter zeigt, ist der Diskurs der Ausgrenzung auch ganz konkret in diskriminierende Praxen eingeflossen. So beteiligten sich die massgeblichen Verfechter des behördlichen Kampfes gegen die «Überfremdung» an vorderster Front an der Ausarbeitung des Bundesgesetzes über «Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer» (ANAG), das 1931 in Kraft trat und noch heute gültig ist. Auch die Flüchtlingspolitik nach 1933 ist als Fortführung der Überfremdungsbekämpfung zu sehen, wobei insbesondere die Kontinuität antisemitischer Stereotype und Bedrohungsbilder auffällt. So konnte der «neutral klingende Begriff der «Überfremdung» [...] teilweise genutzt werden, um unter diesem Namen eine antisemitische Flüchtlingspraxis zu betreiben». (214) Mit anderen Worten, der anhaltende Überfremdungsdiskurs trug zur «Verschweigerung des Antisemitismus» (Jacques Picard) bei, was zwar vordergründig eine Abgrenzung vom «rassisch»-biologischen Antisemitismus des Nationalsozialismus ermöglichte, doch in letzter Konsequenz erlaubte, anti-jüdische Vorurteile weiterzutransportieren



und in die schweizerische Flüchtlingspolitik einfließen zu lassen.

Kurys Studie ist anzurechnen, dass sie die Verantwortlichen der Diskurse mit biografischen Angaben kontextualisiert und so zum Teil jenes Defizit vermeidet, das diskursanalytischen Studien oft anhaftet. Jedoch vermisst man einen stärkeren Einbezug parteipolitischer Aspekte und entsprechender ideologischer Referenzsysteme. Es wäre zum Beispiel interessant zu wissen, ob sich eine allfällige Parteimitgliedschaft der Sprechenden auf deren Diskurse ausgewirkt hat und ob bei den einzelnen politischen Parteien eher Kontinuitäten oder Wandel im Umgang mit den «Fremden» zu beobachten sind. Doch insgesamt zeigt Kury anschaulich, dass «soziale Orte» (85) wie staatliche Institutionen und parastaatliche Organisationen nicht nur auf die Ab- und Ausgrenzungssemantiken in öffentlichen und politischen Debatten, sondern auch auf *policy making* und *policy implementation* einen nachhaltigen Einfluss hatten.

Thomas Buombergers Buch setzt zeitlich teilweise dort an, wo Kury aufhört, indem es sich auf die Überfremdungs-bekämpfung und die damit zusammenhängenden politischen Auseinandersetzungen seit den 1960er-Jahren konzentriert. Während Kury die zentrale, diskursleitende Rolle der «Überfremdungstheoretiker» beleuchtet, stellt der Historiker und Journalist Buomberger die politischen Parteien und ihre Leader in den Vordergrund. Dabei drängt sich aber die Frage auf, wo nach dem Zweiten Weltkrieg die intellektuellen und Vordenker der Identitäts- und Überfremdungsdiskurse geblieben sind und welche Rolle die Ende der 1960er-Jahre aufkommenden Vertreter der Neuen Rechten in der Schweiz gespielt haben. Auch methodisch ist Buombergers Studie ergänzend zu Kurys Arbeit, da er neben Parteiquellen, Presseberichten und biografischem Material anhand von Interviews

und Berichten von Zeitzeugen die Sicht der Betroffenen, der Migrantinnen und Migranten, einbezieht. So kommt es in mancher Hinsicht zu einem anregenden Perspektivenwechsel, der vom Expertendiskurs bei Kury zum Alltagsdiskurs bei Buomberger führt.

Wie Buomberger einleitend zu Recht feststellt, war die Schweiz «das erste Land in Europa, in dem eine fremdenfeindliche Bewegung eine grosse Gefolgschaft fand». (13) Der Autor stellt zunächst dar, dass sich die Bewegung nicht nur auf eine lange Tradition des Überfremdungsdiskurses in der Schweiz stützen konnte, sondern dass der zumindest diskursive Sukkurs auch aus Teilen der Gewerkschaften und Sozialdemokratie kam. Gewerkschaftlichen Kreisen ging es zum Beispiel bereits ab 1961 «nicht mehr um eine Limitierung des Ausländerbestands als konjunkturelle Steuerungsmassnahme, sondern um eine kulturprotektionistische Abwehr gegen die «Überfremdung»». (38) Dieser Aspekt des Überfremdungsdiskurses ist bisher in der schweizerischen zeitgeschichtlichen Forschung nur wenig berücksichtigt worden, obwohl die Analyse von ideologischen und politischen Kontinuitäten vielleicht mehr Erkenntnisse liefern könnte als die viel zitierte These vom «Aufstand der Modernisierungsverlierer» beziehungsweise, wie es bei Buomberger heisst, vom «Protest der Verunsicherten». (165)

Auch Buomberger weist auf die starke Bedeutung des Bedrohungsbildes «Überfremdung» im Diskurs der Behörden hin, am besten verdeutlicht im 1965 veröffentlichten Bericht der «Studienkommission für das Problem der ausländischen Arbeitskräfte». Zudem nahm der Bundesrat eine ambivalente Haltung ein, indem er einerseits eine liberale Politik in der Arbeitsimmigration verfolgte, andererseits regelmässig beteuerte, er verstehe die Überfremdungsängste und wolle sich für eine Stabilisationspolitik einsetzen. Der

Überfremdungsbewegung gelang es, nicht nur dieses politische Klima, sondern vor allem auch die institutionellen Opportunitätsstrukturen der direkten Demokratie zu nutzen. Mit verschiedenen Initiativen übten die Nationale Aktion und die Republikanische Bewegung in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre in der Migrationspolitik beharrlich Druck auf die Regierung aus, was auch unmittelbare Folgen zeitigte. Zum Beispiel präsentierte der Bundesrat kurz vor der Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative Massnahmen zur Globalplafonierung, die von der Öffentlichkeit «einhellig begrüsst und als indirekter Gegenvorschlag interpretiert» wurden. (143)

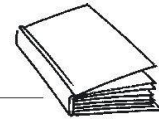
In Buombergers Buch spielt James Schwarzenbach die zentrale Rolle, und so ist der Hauptteil dem ersten rechtspopulistischen Leader der Nachkriegsschweiz gewidmet. Schwarzenbach war es gelungen, sich nicht nur «vom geschnittenen Aussenseiter im Parlament zu einem der respektiertesten Politiker» (120) zu mauern, sondern auch geschickt die Medien zu nutzen, insbesondere das damals stark expandierende Fernsehen. Andererseits scheute Schwarzenbach, der nach eigenen Aussagen gegenüber der Stadtpolizei Zürich Anfang der 1930er-Jahre Mitglied der Nationalen Front gewesen war, (100) nicht den Kontakt zu ehemaligen Nationalsozialisten wie Franz Riedweg oder Neofaschisten wie Gaston-Armand Amaudruz. In weiten Teilen seiner Ausführungen zu Schwarzenbach stützt sich Buomberger – stellenweise sehr nahe am Original – auf eine von Isabel Drews 1999 verfasste Lizentiatsarbeit zur politischen Laufbahn und Ideologie Schwarzenbachs, die seit kurzem nun auch in Buchform vorliegt.

Buomberger ist ein wichtiger Beitrag zur Nachkriegsgeschichte des Schweizer Rechtspopulismus gelungen. Doch vermisst man in erklärungs-theoretischer Hin-

sicht eine noch stärkere Orientierung an der internationalen Rechtspopulismusforschung. Auch der von Buomberger verwendete Begriff «Nationalkonservative» steht im internationalen Vergleich alleine da. Die oft synonyme Verwendung der Begriffe «Rechtspopulisten», «Neue Rechte» und «Nationalkonservative» schmälert zudem die konzeptuelle Kohärenz der Studie. Schliesslich ist der Buchtitel irreführend, da er insinuiert, es handle sich um eine Untersuchung des Überfremdungsdiskurses der letzten 40 Jahre, der von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher reiche, und damit um eine Analyse der überaus vielfältigen parteipolitischen und ideologischen Entwicklung des schweizerischen Rechtspopulismus. Das Buch konzentriert sich aber hauptsächlich auf die 1960er- und 70er-Jahre und geht zum Beispiel nur wenig auf den Transformationsprozess der Schweizerischen Volkspartei seit Anfang der 1990er-Jahre ein.

Die Arbeiten von Patrick Kury und Thomas Buomberger reihen sich in die in den letzten Jahren zunehmende Forschung zur Frage nach diskriminierenden Ideologien und Praxen in der Schweiz ein. Auf Grund zahlreicher Quellen, aber mit unterschiedlichen theoretischen und methodischen Zugängen zeigen die beiden Autoren eindrücklich auf, mit welcher Kontinuität der Überfremdungsbegriff von verschiedenen Akteuren verwendet wurde und welche Wirkungsmacht er auf die schweizerische Migrationspolitik im 20. Jahrhundert ausübte.

Damir Skenderovic (Freiburg/Zürich)



BRIGITTA GERBER
DIE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG
IN DER SCHWEIZ
ORGANISATIONEN, NETZWERKE
UND AKTIONEN

SEISMO, ZÜRICH 2003, 524 S., FR. 59.–

Wer nicht weisser Hautfarbe ist oder einer nichtchristlichen Religionsgemeinschaft angehört, läuft in der Schweiz erhöhte Gefahr, deswegen bedroht, beschimpft oder gar körperlich angegriffen zu werden.

Medien und Politik haben in den vergangenen Jahren die beteiligten TäterInnen, deren Motivationen, Ideologien und soziale Hintergründe ins Zentrum ihres Interesses gerückt und so zu einer kontinuierlichen öffentlichen Diskussion beigetragen. Wer aber sind die Menschen, die sich aktiv gegen rassistische Übergriffe zur Wehr setzen, die sich organisieren, um jede Form von Fremdenfeindlichkeit zu verhindern, die Aufklärungsarbeit leisten und damit zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen? Was sind ihre Ziele und Handlungsstrategien? Diese Fragen versucht die Ethnologin und Historikerin Brigitta Gerber in ihrer Dissertation zu beantworten.

Mit den so genannten «Überfremdungs»-Initiativen in den 1960er- und 70er-Jahren hatte der «Kulturprotektionismus» einen ersten Höhepunkt erreicht. Die vom damaligen Nationalrat der «Nationalen Aktion», James Schwarzenbach, lancierte Initiative, die den ausländischen Bevölkerungsanteil auf maximal 10 Prozent der Gesamtbevölkerung begrenzen wollte, kam 1970 zur Abstimmung und wurde vom Volk nur relativ knapp abgelehnt. Bereits damals mobilisierte die öffentliche Diskussion eine Gegenbewegung, die sich für die Sicherung elementarer Menschenrechte immigrierter Personen einsetzte. In der Folge verlagerte sich die «Ausländerpolitik». Der «Integrationsdiskurs» verdrängte zunehmend die

arbeitsmarktpolitischen Aspekte, man diskutierte nun über die «Assimilierbarkeit» von Ausländerinnen und Ausländern.

Anfang der 1980er-Jahre, nach andauernden politischen Auseinandersetzungen um ein neues Ausländergesetz, bildeten sich die ersten antirassistischen Organisationen. Im Zentrum stand dabei die Debatte um den Beitritt der Schweiz zur Antirassismus-Konvention der UNO und später der Kampf gegen das Referendum zur Antirassismusgesetzgebung 1994.

Brigitta Gerber gibt mit ihrer breit angelegten, empirischen Studie einen Überblick über die antirassistischen Aktivitäten in der Schweiz und erschliesst die Entstehungsgeschichten der zahlreichen Organisationen, die sich in der Rassismusbekämpfung engagieren. Die Untersuchung hat explorativen Charakter, da es sich um ein relativ neues Problemfeld handelt, das bisher nahezu unerforscht blieb. Es liegen nur wenige, zur Hauptsache aus Deutschland und Österreich stammende, empirisch abgestützte Erkenntnisse vor. Die anspruchsvolle Aufgabe der Dokumentation und strukturierten Einordnung der verschiedenen Organisationen und Vorgänge in historischer und soziologischer Hinsicht bewältigt die Autorin mit einer Zweiteilung der Studie in einen ersten umfangreichen ordnenden Teil und in einen Quervergleich der antirassistischen Akteure.

Zur Beschreibung einer Bewegung sind vor allem die Menschen, die diese unterstützen, zentral. Eine Stärke der Studie liegt deshalb darin, dass sie zwar theoretische Konzepte diskutiert, aber nicht von einem fest gefügten Verständnis von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausgeht, sondern den Schwerpunkt auf die Innensicht der antirassistischen Organisationen legt. Mit 53 VertreterInnen von 33 verschiedenen Organisationen wurden halb strukturierte Leitfadeninterviews geführt. Die Aktivistinnen und Aktivisten

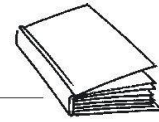
äusserten sich über ihre Grundmotivationen, ihre Ziele und Leitideen für ein antirassistisches Engagement. Ihre individuellen Ansichten und Erfahrungen werden in den Mittelpunkt der Studie gestellt und sind, geordnet und gebündelt, neben Vereinsstatuten, Projektdokumentationen oder intern zusammengestellten Pressespiegeln die Quellen der Studie.

Die Forschungsarbeit ist zum einen vor dem Hintergrund der theoretischen Konzepte und Debatten zu Antirassismus, Rassismus und Xenophobie zu sehen, zum anderen in der Tradition der Studien zu neuen sozialen Bewegungen. Die antirassistische Bewegung wurde in der schweizerischen Forschung bis anhin als Teil der Solidaritätsbewegung gesehen und ist damit den «neuen sozialen Bewegungen» zugeordnet. In ihrem Fazit deklariert Gerber, dass man die schweizerische Antirassismusbewegung durchaus als soziale Bewegung begreifen kann, allerdings drängt sich diese Kategorisierung viel weniger auf, als es die Einführung der Autorin erwarten lässt. Die bisherigen Forschungserkenntnisse zur schweizerischen Antirassismusbewegung müssen auf Grund der vorliegenden Resultate teilweise revidiert werden: So ist zum Beispiel der Solidaritätsgedanke nicht alleiniger Mobilisationsauslöser. Wie sich in den Interviews zeigt, setzt sich die antirassistische Bewegung in der Schweiz aus einem sehr heterogenen Akteurfeld zusammen und es sind keine geschlossenen Ideologien vorhanden. Ausschlaggebende Gründe für ein Engagement gegen Rassismus sind im Einzelnen häufig die Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe oder sogar eigene Opfererfahrungen. Gleichbetroffene sollen gestärkt und dem Unrecht ihrer Diskriminierung in der Öffentlichkeit Gehör verschafft werden. Andere sehen ihre Tätigkeit als einen anwaltschaftlichen, solidarischen Beitrag an ihre ausländischen Mitbürger oder be-

teiligen sich aus einem staatsbürgerlichen, demokratischen Verständnis heraus.

Die Organisationen selbst unterscheiden sich nicht nur in ihrem Aktionsradius stark voneinander, sondern auch hinsichtlich ihrer Beweggründe und nicht zuletzt in der Altersstruktur ihrer Mitglieder. Auf der lokalen Ebene leisten zahlreiche Organisationen individuelle Unterstützung oder bieten soziale Dienstleistungen an, wie Beratungsstellen und Notruftelefone. Auf nationaler Ebene herrscht eine Tendenz zur Institutionalisierung der Organisationen. Sie wird als opportuner Teil des bewegungsspezifischen Handlungsrepertoires gesehen. So übernehmen die nationalen Organisationen eher vernetzende Aufgaben und versuchen, politischen Einfluss auf eidgenössischer Ebene zu erlangen. Zudem versteht sich die Antirassismusbewegung seit Ende der 1990er-Jahre zunehmend als Teil der bis anhin supranational ausgerichteten Menschenrechtsbewegung.

Die unterschiedlichen Motivationen der Akteurinnen und Akteure erschweren die Einigung der Bewegung auf ein gemeinsames theoretisches Fundament. Die Ansichten eines Antirassismuskonzepts scheinen derart disparat zu sein, dass sich die Bewegungsteilnehmenden selbst innerhalb ihrer eigenen Organisationen, aber auch zwischen den kollektiven Akteuren inhaltlich nur auf einen minimalen Konsens einigen können. Zudem herrscht eine latente Abneigung gegenüber abstrakten, theoretischen Erklärungsmodellen – praxisbezogene Ansätze werden bevorzugt. Dies führt dazu, dass konzeptionelle Diskussionen zum Verständnis von Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus und Antirassismus oftmals ausgelassen oder durch antirassistische Praxen überbrückt werden. In der Regel wird ein behutsames und konsensorientiertes Vorgehen bevorzugt. Unterschiedlichste Akteure können sich so als Teil der An-



tirassismusbewegung verstehen. Dieses Vorgehen basiert nicht auf Polarisierung, sondern baut auf Konsens auf – Begriffskonzepte werden jedoch kaum erstellt. Eine interviewte Person formulierte es so: «Das war etwas, das immer wieder zu Diskussionen Anlass gegeben hat. Wo fängt es an, wo hört es auf? Rassismus ist so eine breite Sache ... ».

Urs Hofmann (Basel)

DONNA GABACCIA, FRANCA IACOVETTA

**WOMEN, GENDER,
AND TRANSNATIONAL LIVES
ITALIAN WORKERS OF THE WORLD**

UNIVERSITY OF TORONTO PRESS, TORONTO 2002, 433 S., \$ 37,75

**ERNST HALTER (HG.)
DAS JAHRHUNDERT DER ITALIENER
IN DER SCHWEIZ**

OFFIZIN, ZÜRICH 2003, 320 S., 120 ABB., FR. 79.–

Zwei Bücher von denkbar unterschiedlicher Beschaffenheit und Zielrichtung widmen sich der selben Thematik, dem Phänomen der italienischen Auswanderung, «the single largest international migration system of the world's modern era». (Gabaccia, IX) Hoch wissenschaftlich präsentiert sich der von Donna Gabaccia und Franca Iacovetta herausgegebene Band mit einem Dutzend Beiträgen und einer gewichtigen Einleitung; an ein breites Publikum richtet sich das von Ernst Halter herausgegebene und knapp eingeleitete Lesebuch, das nicht weniger als 32 Beiträge enthält, die öfter nur wenige Seiten umfassen (allein fünf davon oder rund ein Fünftel des Gesamtumfangs bestreitet Giovanna Meyer Sabino). Der Band erschien Ende 2004 auch in einer italienischen Ausgabe (*Gli italiani in Svizzera. Un secolo di emigrazione*, Edi-

zioni Casagrande, Bellinzona).

Die beiden Bücher illustrieren höchst unterschiedliche Welten der Forschung: Neben den verhältnismässigen bescheidenen Ansätzen einer auf die Schweiz fokussierten Migrationsgeschichte steht die massive nordamerikanische Forschungstradition, die in einem Kontext verwurzelt ist, wo dieses Thema schon lange auf der gesellschaftswissenschaftlichen Agenda steht. Der hier präsentierte Grad wissenschaftlicher Spezialisierung – Thematisierung der Minderheit migrierender Italienerinnen – wäre in der Schweiz derzeit undenkbar. Es fehlen allzu viele Grundlagenarbeiten dafür. Das Buch von Gabaccia und Iacovetta beruht auf der langjährigen Zusammenarbeit einer internationalen, mehrheitlich weiblichen Forschungsgruppe, die Fragestellungen und Ergebnisse austauschte. Integriert sind zudem Resultate eigenständiger Forschungsvorhaben, wie etwa jenes, das den französisch-italienischen Grenzraum intensiv untersucht (vorgestellt von Paola Corti). Dem Ganzen liegen Fragen aus der geschlechtergeschichtlichen Forschung, aus der Transnationalismusdebatte und aus der Erforschung radikaler Protestbewegungen zu Grunde. Angestrebt wird die Überwindung geschlechtsbezogener Klischeebilder über die angeblich gänzlich familienbezogene, konservative und passive Italienerin, die keine eigenständige Rolle in der Migration oder in den damit verbundenen sozialen Bewegungen spielt. Herkunfts- und Zielland der Migration, die oftmals eine temporäre oder dauerhafte Rückkehr mit einschliesst, werden beide thematisiert, was aufschlussreiche regionale Differenzierungen erbringt. Die Schweiz taucht mehrfach beiläufig auf, es fehlt aber ein selbständiger Beitrag. Dabei würde sich diese aller Voraussicht nach hervorragend in ein derart transnational ausgerichtetes Projekt einfügen.

Viele Fragen und Aspekte tauchen

auch in dem schweizerischen Band auf, was manche Berührungspunkte schafft. Die eigentliche Migration, die bei Gabaccia/Iacovetta den ersten Teil ausmacht, wird in dem schweizerischen Band allerdings nur andeutungsweise, verstreut über viele der Artikel, behandelt. Es geht eben primär um Italiener «in der Schweiz». Die Welt der Arbeit stellt bei beiden Büchern einen Hauptteil dar. Dem folgen für die Schweiz Abschnitte über Politik, italienische Flüchtlinge und Kultur, während Gabaccia/Iacovetta sich in einem zweiten Hauptteil ganz auf die Selbstorganisation sowie die Formen des Widerstands und der Militanz bei italienischen Migrantinnen konzentrieren, ein Aspekt, der für die Darstellung der Italiener in der Schweiz weit gehend ausgespart bleibt. Auch in manchen kleineren Teilbereichen werden Parallelen der so unterschiedlichen Bücher sichtbar. So schildert ein Beitrag über Frauen in Milwaukee den Schritt in die wirtschaftliche Selbständigkeit, in diesem Fall über die Errichtung kleiner Lebensmittelgeschäfte, welche sich an die eigene Immigrantengemeinschaft richten (Diane Vecchio). Adrian Knoepfli andererseits entwirft eine aufschlussreiche Forschungsskizze für italienische Bauunternehmer in der Schweiz, welche die sich für manche Männer bietenden Chancen zur Selbständigkeit in der Baubranche nutzen, wo die Geschäftsgründung (wie im Lebensmittelhandel) mit geringem Anfangskapital möglich war. In vielen Beiträgen des schweizerischen Bands vermisst man jedoch den internationalen Kontext oder die vertiefte Diskussion, die auf den italienischen Hintergrund Bezug nimmt. So schildert Meyer Sabino das ausserordentlich dichte Netz italienischer Vereine in der Schweiz, unterlässt aber jede Erwähnung des bekannten Umstands, dass Vereine im italienischen Herkunftsland (besonders im Süden) vergleichsweise schwach ausgebildet

sind, was ein interessantes Licht auf die Wirkung der Migration in eine entwickelte bürgerliche Gesellschaft wirft. Zu bedauern ist auch das Fehlen eines eigenen Beitrags über den Stand der Migrationsforschung in der Schweiz. Deren Früchte finden sich nur verstreut in den Literaturhinweisen der zahlreichen Beiträge, ohne in einem Gesamtverzeichnis erschlossen zu werden. Eine abwechslungsreiche Lektüre und eine Fülle (manchmal etwas disparater) Informationen aber hat das schön gestaltete und reich illustrierte Buch auf jeden Fall zu bieten.

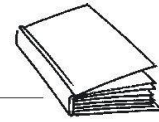
Mario König (Basel)

**TSYPYLMA DARIEVA
RUSSKIJ BERLIN
MIGRANTEN UND MEDIEN
IN BERLIN UND LONDON**

LIT-VERLAG, MÜNSTER 2004, 304 S., € 25,90

Die grossstädtischen Zeitungskioske stellen sie aus: die fremdsprachigen Presseerzeugnisse, von denen oft nur die Angesprochenen selbst wissen, in welcher Sprache sie verfasst sind und wo sie erscheinen – «dort» oder im Inland.

Um welches Phänomen handelt es sich dabei? Vielleicht wird ein Angebot für Touristen vermutet, die wie Mallorca-Urlauber weder auf Bier noch auf *Bild* verzichten wollen. Vielleicht aber auch Information für Migranten (Gastarbeiter, Asylbewerber – welcher Autochthone kennt schon die vielen Rechts- und Personenkategorien?), wobei an die so genannten «parallelgesellschaftlichen» Strukturen gedacht werden kann, vor denen derzeit in Deutschland so gerne gewarnt wird. Warum lesen die Zuwanderer nicht «unsere» Zeitungen, weshalb haben sie ihre «eigenen» Radio- und TV-Sendungen, wieso werden einschlägige Presseerzeugnisse nicht nur importiert, sondern



sogar hier im «Zielland» produziert?

All diese Fragen werden sicher gestellt, allerdings selten beantwortet, weil sie in einer fragmentierten Öffentlichkeit nicht von einer übergeordneten Warte moderiert werden. Diese könnte die Politik sein, die sich aber dem Phänomen Migrantenpresse nicht oder – bleiben wir beim Deutschland dieser Tage – eher misstrauisch nähert, könnte es sich doch hier um einen Beleg für die mangelnde Integrationsbereitschaft der vielen hier lebenden Ausländer handeln. Moderieren könnte auch die Wissenschaft, doch die «Minderheitenpresse» ist hinsichtlich ihrer Inhalte, Rezipienten und Wirkung wenig erforscht.

Die Fragen belegen die Dringlichkeit des Themas und lauten, in soziologischen Termini, inwieweit die Migrantenpresse als Ausdruck von Migrantenkulturen an den neuen Inklusions- und Exklusionsprozessen beteiligt ist, welche die post-modernen Gesellschaften des Westens gegenwärtig prägen. Daran knüpfen sich Fragen nach der Identitätsbildung von Zuwanderern, da diese heute – im Kontext von Globalisierung und mobilitätsbeschleunigten Informations- und Verkehrstechnologien – eher in grenzüberschreitenden Interaktionsnetzen eingebunden sind denn in *ethnic communities*. Bei der damit in Gang gesetzten Deterritorialisierung von Zuordnungen brauchen die Migranten gleichwohl Identifikationsangebote, was die Migrantenpresse im Sinne einer Ausbildung von *imagined worlds* durchaus leisten kann.

Die Autorin hat diese Fragen in einer facettenreichen Studie, die 2002 als Dissertationsarbeit vorgelegt wurde, anhand der russischsprachigen Migrantenpresse in Berlin und London untersucht. Sie sind Elemente identifikatorischer Verdichtungen des Migrantenlebens im urbanen Raum und damit in der Lage, die sich überschneidenden Ethnisierungs- aber

auch Veralltäglichungsprozesse der faktischen Zuwanderung zu kommunizieren, auch wenn sie heutzutage, im Zeitalter von Globalisierung und der «Kreolisierung» ethnischer Zugehörigkeiten, keine geschlossenen «Gemeinden» organisieren können (oder wollen).

Ob eine Gesellschaft als «Einwanderungsland» gilt (wie England) oder nicht (wie Deutschland), macht einen grossen Unterschied aus, wie Darieva zeigt. Während in Deutschland ethnische Kategorien aus (post)sowjetischen Zuwanderern «jüdische Kontingentflüchtlinge» oder «deutsche Spätaussiedler» machen und die Familienmitglieder entsprechend (aus)sortieren, werden russischsprachige Immigranten in England als *professionals* und als Asylbewerber aufgenommen, wobei nur im letzten Fall die Ethnizität eine Rolle spielt.

In Deutschland wird die ethnische Zuschreibung streng kontrolliert, ob sich die Migranten mit ihrem Label nun identifizieren oder nicht, und es gibt differenzierte Organisationen (Jüdische Gemeinden, Beratungsstellen für Spätaussiedler et cetera), welche die ethnische Teilintegration prozessieren und «unpassende» Familienmitglieder ausschliessen. Das Ergebnis ist Retribalisierung, die Ethnisierung von Selbst- und Fremdbildern, die weder dem früheren – sowjetischen – Lebensstil entspricht noch ein realistisches Bild der tatsächlichen Zuwanderung russischsprachiger Personen bietet. Darieva hat ohne Zweifel Recht mit ihrem Zwischenresümee, dass das deutsche System Strukturen ethnischer Ungleichheit reguliert, produziert und reproduziert. Allerdings sind die in Deutschland etablierten ethnischen und ethnisierenden *migration gates* nicht nur ein Ausdruck nationalen Selbstverständnisses, sondern antworten auch auf die durch die sowjetische Nationalitätenpolitik angelegten Ethnisierungsprozesse. Der Exkurs zur

sowjetischen ethnischen Klassifizierung folgt meines Erachtens etwas spät, (ab 71) da vorher – beim Beispiel Deutschland – so viel von zuwandernden Juden und Deutschen die Rede ist und das Russische fast als Restkategorie erscheint. Dies ist jedoch kein inhaltlicher Einwand, sondern betrifft die Dramaturgie.

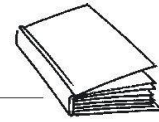
Die (post)sowjetische Realität hat trotz ethnischer Instrumentalisierung und daraus resultierenden Retraditionalisierungen und Konflikten hybride ethnische Zuordnungen geschaffen, die sich zwar in die kruden deutschen Zuwanderungskanäle zwingen lassen, nur um diese danach sofort wieder zu verlassen und sich eigene Wege zu bahnen. Die prinzipielle Offenheit des aktuellen transnationalen Migrationsgeschehens wird von den russischsprachigen Zuwanderern kreativ genutzt, sei es in der Projektierung ihres weiteren Lebenslaufs, sei es als ständiges Experimentieren mit verschiedenen Identifikationsangeboten. Darieva gelingt es überzeugend zu zeigen, wie heillos unzeitgemäß die deutsche Einwanderungspolitik ist und wie – vor allem im Kontrast zu England – eindeutige ethnische Identitäten eher als Zitat, als ironische Anspielung, als Strategie vorkommen, die Realität jedoch zum kulturellen Experiment einlädt. Dass

in Berlin ein weder aggressives noch nostalgierendes Russenbild dominiert, das sogar die Figur des «Kulturrussen» kennt, ist dabei als Glücksfall zu bezeichnen. Rigide Ethnisierung, der Versuch der Homogenisierung ethnischer Identitäten kann gefährlich sein. Viel zu oft geht das schlecht aus.

Wie die Migrantenpresse in Berlin und London zur kreativen Ethnizität der zugewanderten «Russen» beiträgt, lohnt sich zu lesen. Analysiert werden Zeitungen wie *Russkij Berlin* und *Londonskij Kurier* in ihrer Vermittlerrolle zwischen einander fremden Welten und als Foren öffentlicher Repräsentation der Zuwanderer. Die «medialen Dörfer» bringen Information und Dienstleistungen für Personen, die sich mit Hilfe der vereinenden russischen Sprache und in Bezug auf die gemeinsame sowjetische Herkunftskultur verständigen, ohne ethnische Partikularismen und Fundamentalismen zu schaffen.

Darieva ist es gelungen, anhand eines wenig reflektierten Aspekts der Zuwanderung ein ganzes Panorama an aktuellen Migrations- und Ethnisierungsprozessen zu illustrieren und sie theoretisch anspruchsvoll zu erläutern.

Ingrid Oswald (Berlin)



ALLGEMEINE BUCHBESPRECHUNGEN COMPTES RENDUS GENERAUX

MICHAEL JUCKER GESANDTE, SCHREIBER, AKTEN POLITISCHE KOMMUNIKATION AUF EIDGENÖSSISCHEN TAGSATZUNGEN IM SPÄTMITTELALTER

CHRONOS, ZÜRICH 2004, 367 S., 4 ABB., FR. 58.–

Gesandte als Träger einer wie auch immer gearteten spätmittelalterlichen «Aussenpolitik» sind in den letzten Jahren von der mediävistischen Forschung als Untersuchungsfeld wiederentdeckt worden. Zuvor blieb man zumindest für den deutschen Sprachraum lange Zeit allein auf die aus dem Jahre 1892 stammende Überblicksdarstellung Viktor Menzels angewiesen, welche heutigen Ansprüchen allerdings nicht mehr gerecht wird. Die verdienstvollen neueren Arbeiten Martin Kintzingers und Arnd Reitemeiers konzentrieren sich in ihrer thematischen Ausrichtung auf die Beziehungen zwischen den spätmittelalterlichen Reichen Mitteleuropas und damit auf die Ebene der Herrscherhöfe, wo auch deutliche Schwerpunkte des jüngst erschienenen, von Rainer C. Schwinges und Klaus Wriedt herausgegebenen Tagungsbands des Konstanzer Arbeitskreises e. V. zum «Gesandtschafts- und Botenwesen des europäischen Spätmittelalters» liegen. Auf das Personal und die Akten stark städtisch geprägter Aussenbeziehungen fokussiert dagegen nun die gerade erschienene Zürcher Dissertation Michael Juckers, die sich mit der Betrachtung der politischen Kommunikation auf eidgenössischen Tagsatzungen während des Spätmittelalters einem höchst anspruchsvollen Untersuchungsfeld widmet.

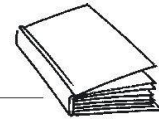
Ein solch ambitioniertes Projekt sieht

sich freilich schon zu Beginn mit einer Vielzahl von inhaltlichen und begriffsdefinitorischen Problemen konfrontiert. Ganz abgesehen von der Frage einer auf die vormodernen Verhältnisse anwendbaren Definition von «Kommunikation», gilt dies bereits ganz besonders für den Begriff der «Tagsatzung», deren Verständnis als gleichsam staatlich-verfassungspolitische Institution durch Vorstellungen der älteren Forschung geprägt wurde. Derartige Denkmuster wirken teilweise auch noch in neueren Publikationen nach. Dies hängt wiederum elementar mit der dortigen rechtsgeschichtlichen Verortung der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft selbst zusammen. Hinzu treten die Fragen der Quellenüberlieferung und Quellenzugänglichkeit sowie allgemeine Probleme der wissenschaftlichen Einordnung spätmittelalterlichen Verwaltungsschriftguts. Diesen vielfältigen Problemfeldern stellt sich der Autor erfreulicherweise bereits in dem sehr umfangreichen Einführungsteil seiner Arbeit. Bereits in der Einleitung (13–22) distanziert sich Jucker in seiner politischen Einordnung der Tagsatzungen zu Recht vom Bild der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft als einheitlichem Bund oder gar Staat. Vielmehr geht er von einem lockeren Bündnisgeflecht aus, dem die unregelmässigen Tagsatzungen als Treffen aller Mitglieder und Beratungsinstanzen aktueller politischer Probleme, nicht aber als gesetzgebende Versammlungen, übergeordnet waren. Jucker setzt hier den Beginn der ersten Tagsatzungen auch deutlich später an, als dass die Edition und ältere Forschung glauben machen wollte, nämlich erst in den 1390er-Jahren. Wichtig für das Weiterbestehen der Tag-

satzungen waren jedoch erst die Treffen zur Beherrschung der gemeinsam eroberten Gebiete des Aargaus nach 1415. Nach einigen Bemerkungen zum generellen «Umgang mit Schriftlichkeit» folgt eine ausführliche Diskussion der Genese und des wissenschaftlichen Wertes der bis heute massgeblichen Quellenedition, der *Amtlichen Sammlung der ältern eidgenössischen Abschiede*. (33–72) Eindrucksvoll belegt Jucker hierbei den Einfluss des im 19. Jahrhundert auch in der Eidgenossenschaft aufkommenden Nationalismus und Historismus und die negativen Auswirkungen der staatsrechtlich orientierten Herangehensweise der Bearbeiter auf die Quellensammlung. Letztere suggeriert in ihrer Konzeption Kontinuitäten eidgenössischer Staatlichkeit bis ins 13. Jahrhundert, namentlich bis zu dem berühmten Bundesbrief von 1291. Das massgebliche Interesse, solche Tradition zu belegen, führte sogar soweit, bei der Sichtung und Übersetzung des Quellenmaterials inhaltliche Verfremdungen und Verfälschungen durch die Bearbeiter hinzunehmen. Ohne eine ausgewogene Quellenanalyse und klare Begriffsdefinitionen wurden Texte ganz unterschiedlicher Art und Provenienz als eidgenössische Abschiede aufgenommen. All dies zeigt sich exemplarisch in der Person des katholisch-konservativen Rechtshistorikers und Politikers Philipp Anton von Segesser, des Bearbeiters sämtlicher Spätmittelalter-Bände, dem der Autor besondere Aufmerksamkeit widmet. Dennoch wurde die *Abschiedesammlung* von weiten Teilen der Forschung – ähnlich wie etwa in Deutschland im Fall der älteren Bände der *Deutschen Reichstagsakten* zu beobachten – lange Zeit ohne Blick auf diese spezifischen Entstehungsumstände weit gehend kritiklos als Quellengrundlage genutzt. Auch diesen forschungsgeschichtlichen Fragen wird ausführlich nachgegangen.

Der im weitesten Sinne staatsrecht-

lich geprägten Betrachtungsweise der älteren Forschung stellt Jucker in seiner Arbeit ein an jüngeren Einflüssen aus der Wirtschafts-, Sozial- und vor allem Kommunikationsgeschichte orientiertes Konzept entgegen, dass bei der Untersuchung der Tagsatzungen stärker auf den Kommunikationsprozess und dessen Akteure fokussiert. Hierbei beachtet er sowohl die Formen verbaler als auch nonverbaler Kommunikation. Der eigenen Kritik am Wert der vorliegenden Quellenedition konsequent folgend, greift der Autor dabei nicht zuletzt auf unediertes Quellenmaterial – insbesondere auf Berner, Luzerner und Zürcher Bestände – zurück. Besondere Beachtung kommt in der vorliegenden Arbeit selbstverständlich den eidgenössischen Gesandten zu, die sich im Regelfall aus den lokalen Obrigkeiten rekrutierten. Besonders die Ergebnisse, die Jucker bezüglich der Handlungsspielräume und Kompetenzen jener Gesandten präsentieren kann, sollten aufhorchen lassen und können nicht stark genug unterstrichen werden. Entgegen der leider noch immer weit verbreiteten Forschungsmeinung, nach welcher gerade städtische Gesandte durch ihre häufig detailliert ausgearbeiteten Instruktionen und scheinbar stark beschränkten Vollmachten angeblich lediglich als «Werkzeuge» (Gudrun Mandel) des heimischen Rats fungierten, kann Jucker zeigen, dass die Mitglieder solcher Ratsabordnungen über viel weiter reichende Handlungsmöglichkeiten verfügten. Häufig erfolgte die Vollmachtenerteilung an diese auch nur mündlich, während schriftliche Ausarbeitungen lediglich der Konsensbildung im Rat selbst dienen konnten. Zumindest inoffiziell blieben die Abordnungen an solch starre Vorgaben, die zudem rasch durch den Gang der Verhandlungen überholt sein konnten, nur bedingt gebunden. Das Ergebnis Juckers mag zunächst überraschen, kann aber an



dieser Stelle durch einen vergleichenden Blick auf die Verhältnisse in den Städten Schwabens und der Rheinlande nur bestätigt werden. Ganz ähnlich weit gefasste Handlungsspielräume der Gesandten lassen sich auch dort während des gleichen Zeitraums feststellen. Interessante Einblicke bietet übrigens auch der an das Ende der Arbeit gesetzte Exkurs des Autors über «Rang und diplomatische Mittel in der plurimedialen Kommunikation», (253–269) wo mit Bezug auf die Gesandten der Bedeutung von Gestik, Rang und Kleidung sowie deren Einordnung durch die Zeitgenossen nachgegangen wird. Von den Ratsgesandten formal zu unterscheiden sind die ebenfalls für ihre Orte auf den Tagsatzungen tätigen Stadtschreiber, denen dennoch eine zentrale Position im diplomatischen Verkehr zukam. Durch ihre Ausbildung und die Erfahrungen in der rechtlich-politischen Praxis ebenso wie im Bereich der Schriftlichkeit waren sie, wie Jucker es passend formuliert, durchaus «die kommunikativen und kontinuierlich fördernden Scharnieren» (128) zwischen den an den Tagsatzungen beteiligten Gremien und Personenkreisen.

Nach dem Personal wendet sich der Autor den Akten selbst zu. Da nach 1415 offenbar ein nur geringes Bedürfnis nach schriftlicher Fixierung bestand, lässt sich gemäss Jucker erst mit dem so genannten alten Zürichkrieg ein Wandel in der Aktenproduktion jener Abschiede (Protokolle der Tagsatzungen) greifen, was der Autor sowohl von der Überlieferung her als auch begriffsgeschichtlich deutlich aufzeigt. Dies bringt er mit den Bedürfnissen einer räumlich weiter ausgreifenden Diplomatie der Eidgenossenschaft und der Übernahme von andernorts – insbesondere in benachbarten Gebieten des Reiches – beobachteten Praktiken in Verbindung, wobei offensichtlich der Kanzlei Luzerns zunächst besondere Be-

deutung zukam. Diese Abschiede stellten allerdings nun an sich keine ausführlichen Verhandlungsprotokolle oder gar rechtlich bindende Beschlüsse dar, sondern besaßen vielmehr den Charakter von zumeist knapp gehaltenen Notizen über den erzielten Konsens zu den verschobenen Verhandlungspunkten. Sie ersetzten somit – auch dies übrigens eine Parallele zum weiteren Reichsgebiet – keineswegs den Bericht der Gesandten vor den heimischen Führungsgremien. Vielmehr blieb man auf deren ergänzende und gegebenenfalls aktualisierende mündliche Ausführungen zu den Protokollen zwingend angewiesen. Somit spricht der Autor den Abschieden vollkommen zu Recht den Charakter von «detaillierten Konservierungsmedien» (189) ab. Die insgesamt festzustellende Zunahme der Aktenproduktion um 1470 will Jucker nicht mit den häufig für jene Zeit konstatierten politischen Verdichtungsvorgängen in Verbindung sehen, sondern vermutet vielmehr eine hier langsam spürbar werdende Änderung der politischen Gesamtsituation, welche auch einen Wandel der kommunikativen Beziehungen nach sich zog. Neben der vermehrten Beteiligung auswärtiger Kräfte und den Konflikten innerhalb der von den Eidgenossen eroberten Gebiete spielten auch verstärkt Spannungen zwischen den Städten und Länderorten eine massgebliche Rolle. Inwiefern vor diesem Hintergrund nicht gerade doch in unterschiedlicher Weise und mit zahlreichen Wechselwirkungen Verdichtungsvorgänge greifbar werden, sei hier dahingestellt.

Der Intensität der zwischen den eidgenössischen Orten über die Tagsatzungen hinaus gepflegten Kommunikation geht der Autor in einem eigenen Kapitel nach, das mit dem Titel «Missiven als Belege zum Gesandtschaftswesen» (195 bis 223) sehr bescheiden überschrieben worden ist. Jucker beschreibt nach

einer Erläuterung des allgemeinen Forschungsstandes vielmehr detailliert den regen Informationsaustausch unter den Mitgliedern. Dass gerade Krisenzeiten eine Intensivierung der Kommunikation mit sich brachten, dürfte kaum überraschen. Auch mit den eigenen Gesandten vor Ort korrespondierte der Rat durch Boten, erhielt Zwischenberichte oder liess Zusatzinformationen überbringen. Das folgende Kapitel betrachtet die im Zusammenhang mit den Tagsatzungen geleistete Schriftproduktion näher. Diese wurde allerdings zumeist – wie Jucker überzeugend darlegen kann – nach den eigentlichen Treffen von den städtischen Kanzleien übernommen. Die eigentlichen Verwaltungsaufgaben blieben aus dem Tagsatzungsablauf weit gehend ausgegliedert, wie sich etwa auch im Bereich der Urkunden- und Missivenproduktion sowie auf dem Feld der Aktenaufbewahrung zeigt. Beides wurde insbesondere durch die auch politisch dominierenden Städte bewältigt. Das diesbezügliche Ergebnis scheint dem in der älteren Forschung gepflegten Bild von den Tagsatzungen als schriftproduzierende und ausgleichende Institutionen zwischen Stadt und Land Hohn zu sprechen: «Auf den Tagsatzungen selbst entstand praktisch keine Schriftlichkeit.» (244)

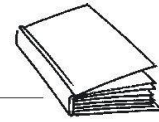
Jucker hat mit seiner in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Studie – gerade für die Ebene der Städte – zahlreiche Denkanstösse für die weitere Forschung zur politischen Kommunikation und zur spätmittelalterlichen «Aussenpolitik» geliefert. Schon deshalb ist eine solche Arbeit als äusserst verdienstvoll anzusehen. Möglicherweise wird seine teilweise scharfe Kritik an der *Amtlichen Sammlung der ältern eidgenössischen Abschiede* sowie Teilen der neueren Forschung auch auf ebenso heftige Gegenstimmen stossen. Sicherlich liessen sich auch Einzelfragen durch die umfang-

reichere Betrachtung von Fallbeispielen noch gezielt aufarbeiten, was etwa die komplexen Verknüpfungen zwischen den Bereichen der «Innenpolitik» und «Aussenpolitik» gerade im städtischen Bereich betrifft. Dies gehörte allerdings auch nicht zur spezifischen Fragestellung der Arbeit und hätte deren Rahmen vermutlich gesprengt. Dennoch wahrt der Autor auch derartig weiterführende Fragestellungen stets im Blick. Überhaupt ist es hervorzuheben, wie sehr sich Jucker stets bemüht, dem Leser auch nur am Rande für den Gesamtkomplex der Arbeit relevante Einzelaspekte durch zumindest einführende Bemerkungen zu erläutern. Dies sollte das vorliegende Werk auch für Studierende interessant machen, die hier einen Einblick in den organisatorischen Alltag eidgenössischer Politik im späten Mittelalter gewinnen können. Die zahlreichen, die Forschung weiterführenden Befunde Michael Juckers und besonders die Ergebnisse, welche er zur Position der Gesandten in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft vorlegt, können und sollten auf eine über die heutige Schweiz hinausgehende Wahrnehmung seiner Zürcher Dissertation hoffen lassen.

Christian Jörg (Trier)

**JÜRGEN ERICH SCHMIDT,
JOACHIM HERRGEN (HG.)
DIWA –
DER DIGITALE WENKER-ATLAS
BEARBEITET VON ALFRED LAMELI,
ALEXANDRA LENZ, JOST NICKEL
UND ROLAND KEHREIN, KARL-
HEINZ MÜLLER, STEFAN RABANUS
WWW.DIWA.INFO**

In einem der derzeit umfangreichsten geisteswissenschaftlichen Forschungsprojekte der Bundesrepublik Deutschland arbeitet am Forschungsinstitut für deut-



sche Sprache «Deutscher Sprachatlas» in Marburg ein Team von Sprachwissenschaftlern, Geografen und Informatikern an der erstmaligen vollständigen (elektronischen) Publikation und wissenschaftlichen Aufarbeitung von Georg Wenkers deutschem Sprachatlas. Beim Wenker-Atlas handelt es sich um einen klassischen Sprachatlas, der jedoch auf Grund seiner 1653 grossformatigen, mit bis zu 22 Einzelfarben von Hand gezeichneten Einzelkarten nie zur Publikation gelangte. Erhoben wurde das Datenmaterial (mittels der berühmten 42 «Wenker-Sätze») in zwei Phasen an knapp 50'000 deutschen Orten im damaligen Deutschen Reich und den deutschen Sprachinseln von 1876–1887. Der Wenker-Atlas ist der grösste fertiggestellte Sprachatlas überhaupt.

Da die Karten zu verblassen beginnen und ihre wissenschaftlichen Auswertungsmöglichkeiten noch nicht annähernd ausgeschöpft sind, eine Buchpublikation jedoch nicht realisierbar wäre, hat es sich das DiWA-Projekt zum Ziel gesetzt, den Sprachatlas «online zu publizieren, das elektronische Datenwerk in eine leistungsfähige Datenbank zu integrieren und so den Wenker-Atlas zu einem polyfunktionalen dialektologischen Informationssystem mit variablem Nutzungsprofil auszubauen» (*Marburger Uni-Journal*, Januar 2003). Die Möglichkeiten eines solchen elektronischen Projekts werden voll ausgeschöpft: Jede der neu georeferenzierten Einzelkarten ist als Bilddatei abrufbar und kompatibel zu jeder anderen Karte mit gleicher Projektion. Dies ermöglicht den Vergleich und die Kombination der Wenker-Karten mit solchen von anderen GIS-Servern und eröffnet somit beinahe unendliche Analysemöglichkeiten von Phänomenen in einem räumlich-zeitlichen Kontinuum, wobei kartiertes Datenmaterial aus allen möglichen Forschungsrichtungen ausgewertet werden kann.

Die Seite (www.diwa.info), die wäh-

rend der Projektphase ausdrücklich im Experimentalbetrieb läuft, erscheint übersichtlich gestaltet und führt den Benutzer selbsterklärend durch Kartenbeispiele und in die eigentliche Kartenabfrage. Mittels der 42 Wenkersätze wurden zu einzelnen Phänomenen Isoglossen-Karten angefertigt, die es dem Leser erlauben, gross- und kleinräumige Besonderheiten im Sprachgebrauch zu erkennen. Die einzelnen Karten wiederum findet man am einfachsten über die Stichwortsuchfunktion, die den Benutzer zu einem weiteren Menu führt, um die Auswahl zu bestätigen und weitere technische Möglichkeiten wie etwa Kartenüberlagerungen zu nutzen. Alle Darstellungen lassen sich beliebig manipulieren: Ausschnitte sind verschieb- und vergrösserbar, dazu kann man sich Legenden anzeigen lassen et cetera. Ein Nachteil besteht für Mac-User darin, dass das Angebot nur mit Netscape 7.1 oder Mozilla 1.4 oder jeweils höheren Versionen unter OS X (Jaguar 10.2.) läuft. Bei einer schnellen Internetverbindung, vorzugsweise mit einem Windows-PC, funktioniert das Projektangebot über mehrere Browser tadellos. Ein Verweilen und Einlesen auf der Wenker-Seite zu weiteren technischen Details, Beschreibungen des Projekts, Erklärungen zu den Karten et cetera lohnt sich allemal.

Aktuell sind 576 Wenker-Karten einsehbar und lassen sich mit solchen anderer Projekte kombinieren; besonders zu nennen sind etwa der Südwestdeutsche und der Mittelrheinische Sprachatlas.

Da der Wenker-Atlas aus einer Zeit stammt, die noch recht stabile Sprachverhältnisse aufweist, ist es durchaus möglich, sich ein Bild von Sprachzuständen einige Generationen zurück zu verschaffen. «Über die sprachimmanente Interpretation der Atlaskarten hinaus ist mit der Transparenzfunktion [...] der punktgenaue Vergleich der Wenker-Karten mit topografischem, kulturhistorischem oder

auch sozialdemografischem Kartenmaterial möglich. Man erhält dadurch Einblicke in das komplexe Beziehungsgeflecht aus Sprache, Raum und Gesellschaft. So können beispielsweise dialektgeografische und naturräumliche Informationen direkt aufeinander bezogen und ihre Zusammenhänge diskutiert werden.» (*Marburger Uni-Journal*, Januar 2003) Dass sich auf Grund der erwähnten technischen Möglichkeiten, der Kombinierbarkeit von unzähligen Kartenmaterial verschiedenster Provenienz in der Zukunft auch für Historiker interessante Untersuchungsperspektiven eröffnen, liegt damit auf der Hand.

*Martin Graf (Kreuzlingen),
Michael Mente (Weinfelden)*

**ROLF GRABER
ZEIT DES TEILENS
VOLKSBEWEGUNGEN UND
VOLKSUNRUHEN AUF DER ZÜRCHER
LANDSCHAFT 1794–1804**

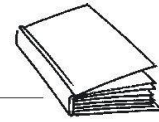
CHRONOS, ZÜRICH 2003, 511 S., FR. 78.–

Nicht alle Bücher erscheinen zur richtigen Zeit. Im Fall des hier besprochenen Bands ist der Zeitpunkt jedoch gut gewählt. Vor ziemlich genau 200 Jahren, im Frühling 1804, brach auf der Zürcher Landschaft der so genannte Bockenkrieg aus, die letzte grosse Aufstandsbewegung der Zeit der französischen Revolution und Napoleons. Heute verfügen wir über eine detaillierte und zeitgemässe Untersuchung dieses Aufstands sowie der Protestbewegungen die ihm vorangingen, angefangen beim so genannten Stäfer Handel 1795. Zu verdanken ist dies dem Zürcher Historiker Rolf Graber, der den Volksbewegungen und Volksunruhen auf der Zürcher Landschaft in dieser bewegten Zeit seine Habilitationsschrift an der Universität Zürich gewidmet hat. Umso bemerkenswerter ist das Buch, als es

– wie der Autor vermerkt – «fernab von Forschungsinstituten und der Universität» entstand und «grosse Teile der Studie neben einem ausgefüllten Arbeitsalltag» geschrieben werden mussten.

Zwar wurden die verschiedenen thematisierten Volksbewegungen schon früher vielfach untersucht; Grabers Verdienst ist es aber, die Kontinuitäten und Entwicklungen des Protests hervorgehoben und deren Hintergründe beleuchtet zu haben.

Zu den Stärken des Buchs gehört zum Beispiel die überzeugende Rekonstruktion der sozialen Trägerschaft der Protestbewegungen sowie der sozialen und teilweise der biografischen Hintergründe ihrer Protagonisten. Aus der Untersuchung geht insbesondere die entscheidende Rolle hervor, welche Heimarbeiter und Handwerker wiederholt übernahmen. Johann Jakob Willi, der Hauptanführer des Bockenkriegs, ein Schuhmacher mit militärischen Erfahrungen im Solddienst, war ein bemerkenswerter Vertreter dieser äusserst beweglichen sozialen Gruppe. Durch die Untersuchung des gesellschaftlichen und ökonomischen Umfelds gelingt es Graber, verschiedene Aspekte einer lokalen «plebejischen Kultur» (im Sinne Edward P. Thompsons) zu schildern, die den Schlüssel zum Verständnis der politischen Denkweise der Aufständischen liefert. Gemeint sind der kulturelle Ausdruck und die Verhaltensweisen von ländlichen Gruppen, welche nicht mehr im herkömmlichen landwirtschaftlichen System eingebettet, in besonderer Weise den Krisen und Schwankungen der Konjunktur ausgesetzt waren und Ende des 18. Jahrhunderts eigene Normen, Werte sowie politische Vorstellungen zu entwickeln begannen. In einem langen und interessanten Kapitel rekonstruiert Graber die verschiedenen Elemente einer «plebejischen Öffentlichkeit» auf der Zürcher Landschaft, deren Zentren Wirtshäuser, Märkte, Plätze oder Gemein-



deversammlungen waren und die stets von der Vermittlungstätigkeit beweglicher Personen, wie zum Beispiel wandernder Handwerker, Trager und Tüchler der Heimindustrie sowie Commis und Gehilfen im städtischen Umfeld aufs neue gespiesen wurde

Die Anliegen dieser plebejischen Schichten verbanden sich zum Teil mit den Interessen gewisser Bauerngruppen und eines Teils der Notabeln; dies um so mehr, als die konservative Mediationsregierung verschiedene Errungenschaften der Helvetischen Republik rückgängig machte und insbesondere Zehnten und Grundzinsen wiedereinführte. Mit der Zeit begannen sich jedoch die eigenen Interessen der unteren Schichten deutlicher und eigenständiger zu artikulieren. Mittels gut recherchierter biografischer beziehungsweise prosopografischer Untersuchungen kann Graber die Interessenlage und die persönlichen Neigungen von verschiedenen Beteiligten und Sympathisanten der Protestbewegungen verdeutlichen. Interessant ist in dieser Hinsicht auch die Erkenntnis, dass nicht alle Bauern gleich aktiv am Protest teilnahmen. Im Vordergrund standen laut Graber nicht die Vollbauern der geschlossenen Dorfsiedlungen, sondern vielmehr die Bauern der verschiedenen Weiler und Einzelhöfe; Landwirte, die weniger der kollektiven Kontrolle der Dorfbevölkerung unterstanden und einen gewissen Raum für wirtschaftliche und kulturelle Experimente besaßen. Diese Differenzierung ist interessant, weil sie eine «kommunalistische» Sichtweise in Frage stellt, welche die Gemeinden als geschlossene Trägerinnen des Protests gegen die Obrigkeit sieht.

Im Hintergrund der Darstellung zeichnet sich somit das faszinierende Bild einer Gesellschaft im Aufbruch ab. Eine Welt, in der Heimindustrie, Geldwirtschaft, Handel, Handwerk und ein erstarktes Landbürgertum kräftig an

den Grundfesten der Tradition rüttelten. Diese Faktoren stellten die herkömmlichen Hierarchien in Frage und riefen neue politische, gesellschaftliche sowie kulturelle Anliegen hervor. Zu diesem explosiven Gemisch kamen ab 1789 die französische Revolution und nach 1798 die Helvetische Republik: zwei grundlegende Zäsuren, welche die Politisierung der Landbevölkerung förderten und dem traditionellen Protest neue Elemente beifügten. Zu den spannendsten Passagen des Werks gehört die Untersuchung der neuen ideologischen Elemente, die im Laufe der politischen Auseinandersetzungen seit dem Stäfner Handel die Erwartungen, Denk- und Verhaltensweisen der ländlichen Bevölkerung, insbesondere der unteren Gesellschaftsschichten, veränderten.

Leider – und damit wären wir bei der Kritik – nimmt Graber seiner Analyse oft selber die Spitze, indem er seine Ergebnisse zu stark «soziologisiert», das heisst oft recht schematisch auf kollektive sozioökonomische Interessen zurückführt. Der Autor schildert beispielsweise höchst interessante Biografien beziehungsweise Karrierenabschnitte – die zu den lebendigsten Teilen des Werks zählen – relativiert jedoch in den meisten Fällen die Originalität und Aussagekraft solcher Lebensläufe, indem er sie als «typische» oder «exemplarische» Beispiele für bestimmte Klasseninteressen oder kollektive Ideologien gebraucht.

In diesem Punkt ist der Einfluss der guten alten historischen Sozialwissenschaften deutlich erkennbar. Das von Graber angewandte Interpretationsschema wirkt dadurch etwas starr und erinnert zuweilen an den ehrwürdigen historischen Materialismus vergangener Zeiten. Nach diesem Schema lassen gewisse materielle Interessen offenbar bestimmte «Verhaltensdispositionen» entstehen, die ihrerseits bei den verschiedenen Protestbewe-

gungen zu bestimmten Verhaltensweisen und politischen Einstellungen führen. Dabei fällt jedoch der konkrete Nachweis eines direkten Zusammenhangs zwischen kollektiver Klassenlage und politischem Verhalten recht vage aus, so dass beim Leser der Verdacht einer etwas schematischen Verallgemeinerung entsteht.

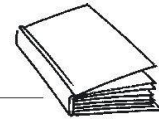
Dadurch erhält die Argumentationsführung etwas Abstraktes. Markante Persönlichkeiten von Bauern, Handwerkern, Frauen, Notabeln verschwinden alsbald wieder hinter abstrakten kollektiven Kategorien, ersticken als Menschen unter dem Gewicht von Klassen und sozioökonomischen Gruppen, die kollektiv mit bestimmten Interessen in Verbindung gebracht werden. Diese Tendenz wird durch eine Sprache verstärkt, die allgemeine abstrakte Formulierungen bevorzugt und damit letztlich an Klarheit verliert. So finden wir häufig Formulierungen, die beinahe immer und überall anwendbar sind: «Die Analyse der sozioökonomischen Verhältnisse in Hinwil hat damit gezeigt, dass hinter der Dissoziation in der Endphase des Volksaufstands verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen materiellen Interessen stehen. Erst die Einsicht in ihre ökonomische Lage macht die Verhaltensdispositionen dieser Gruppen verständlich und liefert damit weitere Erklärungsansätze für das Scheitern der Rebellion [...].» (346)

Man ist versucht, dabei an die viel zitierte Bemerkung von Lothar Kühne zu erinnern –, «eine soziale Klasse als gesellschaftliches Subjekt isst, singt und schläft nicht, und selbst zu einer befreundeten Klasse tritt sie nicht in sexuelle Beziehungen». In diesem Sinne ist die Anwendung des Begriffs «Mikrogeschichte» durch den Autor missverständlich: Auch bei seinen durchaus interessanten Fallstudien handelt es sich eher um eine klassische Sozialgeschichte ländlicher Bewegungen, obwohl diese in einem kleinen

Raum untersucht werden.

Dabei wäre es verfehlt zu behaupten, Graber habe die neueste Forschung, und insbesondere die Werke der historisch-anthropologischen Richtung nicht rezipiert. Im Gegenteil: die Fussnoten einiger Kapitel (etwa 9.2 oder 9.3) lesen sich wie ein «Who is who» der – vor allem deutschsprachigen – Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte. Kaum ein grosser Name der darin fehlt: Lüdtke, Medick, Hausen, Frevert, Groh, Mitterauer, Braun, ohne Polanyi und den fast schon obligaten Bourdieu zu vergessen. Alle erhalten den ihnen gebührende Tribut. Gerade diese Teile des Buchs wirken jedoch etwas abgehoben, wie eine Art Summa der «trendigen» Forschung der letzten Jahre (ein *best of* der neusten Geschichtsschreibung sozusagen), ohne dass die darin enthaltenen allgemeinen Formeln («symbolisches Kapital», «embedded economies» «vorproletarische Gruppen» ...) viel Neues zum Verständnis der Zürcher Protestbewegungen beisteuern würden.

Insgesamt erscheint der theoretische beziehungsweise akademische Apparat des Buchs als etwas aufgebauscht: Die Bibliografie allein umfasst 46 Seiten. Dazu kommt eine lange methodologisch-historiografische Einleitung, die weitere 55 Seiten in Anspruch nimmt. Keine leichte Kost für die Nichteingeweihten. Es ist zwar erfreulich, dass der Autor die Geschichtsschreibung zu seinem Thema so gut kennt und die internationale Forschung wirklich berücksichtigt hat. Aus der Sicht der Leserschaft fragt es sich jedoch, ob sie mit einer kürzeren und pointierteren Einleitung nicht besser bedient gewesen wäre; ob es nicht sinnvoller wäre, die methodologischen Überzeugungen sozusagen «auf dem Feld», bei der praktischen Arbeit zu demonstrieren, statt viele Energien in die Wiedergabe theoretischer Überlegungen allgemeiner Art zu investieren. Dies umso mehr, als gewisse



Einschätzungen und Urteile doch relativ oberflächlich ausfallen.

Fazit: Ein interessantes Buch, mit vielen spannenden Passagen und Analysen, wobei das Werk an Interesse und Stringenz gewonnen hätte, wenn sich der Autor noch stärker auf die detaillierte Analyse des Quellenmaterials und des lokalen Kontextes konzentriert und weniger Energien für Tribute an die etablierte Forschung verschwendet hätte.

Sandro Guzzi-Heeb (Bern)

**MICHAEL KEMPE,
THOMAS MAISSEN
DIE COLLEGIA DER INSULANER,
VERTRAULICHEN UND
WOHLGESINNTEN IN ZÜRICH
1679–1709
DIE ERSTEN DEUTSCHSPRACHIGEN
AUFKLÄRUNGSGESELLSCHAFTEN
ZWISCHEN NATURWISSEN-
SCHAFTEN, BIBELKRITIK,
GESCHICHTE UND POLITIK**

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, ZÜRICH 2002, 453 S.,
32 ABB., FR. 48.–

Dem fast schon unüberschaubaren Kanon von Studien über Aufklärungssozietäten haben Michael Kempe und Thomas Maisen eine weitere hinzugefügt. Sie gilt drei frühauflärerischen Zirkeln, die als Collegia der Insulaner, der Vertraulichen und der Wohlgesehenen bekannt sind. Methodisch orientiert sich die Studie an ihren Vorgängern, sie enthält im wesentlichen eine Kollektivbiografie der Mitglieder sowie eine Inhaltsanalyse der in den Gesellschaften gehaltenen Vorträge.

In einem ersten Hauptteil werden die Entstehungszusammenhänge ausführlich dargestellt. Nach einem Einblick in die Verfassungswirklichkeit, die politische und soziale Situation Zürichs im späten 17. Jahrhundert sowie in die institutionel-

len und ideellen Voraussetzungen der Gesellschaftsgründungen, gilt das Interesse der Autoren vor allem der Kommunikationspraxis und der Mitgliederstruktur der Sozietäten. Besonders ausführlich ist die Sozialbiografie geraten: Die Verflechtung der Collegia mit der Zürcher Herrschaftselite sowie die familiären Netzwerke werden minutiös aufgearbeitet, allerdings erschwert die detaillierte Aufzählung der Verwandtschaftsbeziehungen mitunter etwas die Lesbarkeit der entsprechenden Kapitel. Den Kern der Kollegien bildeten Personen aus vielfach verschwägerten, führenden Familien der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, Nachkommen etablierter Rentnermagistraten und neureicher Kaufleute, die sich in einem Selbstbildungsprozess statusrelevantes Wissen aneigneten. Diese Bildungsbestrebungen werden als Teil eines allgemeinen Rationalisierungs- und Professionalisierungsprozesses gesehen. Etwas unterbelichtet bleibt die Jugendlichkeit der Mitglieder, die zu einem beträchtlichen Teil Studienabgänger des Carolinums waren. Hier hätte noch deutlicher aufgezeigt werden können, wie die unbefriedigende Studiensituation an dieser theologischen Hochschule zu erweiterten Bildungsbedürfnissen führte. Schon ein Blick auf die Exspektantenzahlen vermag zu illustrieren, wie die Sozietätsgründungen mit deren hoher Zahl korrelieren, übrigens eine interessante Parallele zur Situation in den 1760er-Jahren, die ebenfalls durch eine Gründungswelle von Gesellschaften charakterisiert wird. Ähnlich wie in den frühen 1770er-Jahren wurde auch 1716 versucht, durch eine Pseudoschulreform die unruhige Jugend ruhigzustellen.

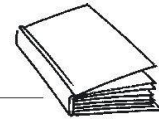
In einem zweiten Hauptteil wird das Programm der Sozietäten in den philosophie- und geistesgeschichtlichen Kontext hineingestellt und analysiert. Theologie, Naturgeschichte und Naturphilosophie sowie Geschichte und Politik standen im Mittelpunkt der Vortragstätig-

keit. An verschiedenen Beispielen können die Autoren überzeugend nachweisen, wie traditionelle Deutungsmuster und Lehrmeinungen problematisiert und aufgebrochen wurden. Im theologischen Bereich sind Ansätze einer undogmatischen Religiosität und zu einem erweiterten Theologiediskurs ohne kirchliche Kontrolle auszumachen, auch häretische Gedanken werden nicht tabuisiert. In den Vorträgen zur Naturgeschichte und Naturphilosophie bahnt sich die Durchsetzung eines neuen, naturwissenschaftlichen Weltbilds an, eine der frühesten Verwendungen des deutschen Worts «Naturwissenschaft» findet sich in einem Zürcher Neujahrsblatt von 1697! Die diskursive Praxis und das eklektische Wissenschaftsverständnis der Collegiaten ermöglicht es, traditionelle und wissenschaftliche Ansätze nebeneinander zu stellen. Besonders aufschlussreich an den politischen Diskursen in den Gesellschaften sind die Neusituierung der Eidgenossenschaft im europäischen Staatensystem und die unter Bedrohung durch das absolutistische Frankreich ausgelöste Hinwendung zu Republiken wie Venedig und den Niederlanden. Diese fördert wiederum die Konturierung des Selbstbildes und ein republikanisches Selbstverständnis. Hier ist die Tendenz zu einer Politisierung festzustellen, indem die Berufung auf bestimmte republikanische Tugenden auch innenpolitisch relevant wird.

Der frühe Zeitpunkt der Existenz dieser Zirkel – sie entfalteten ihre Wirksamkeit zwischen 1679 und 1709 – und die Tatsache, dass in den Collegia neben gelehrt-wissenschaftlichen, ökonomischen und moralisch-ethischen Diskussionen auch Debatten über historisch-politische Themen geführt wurden, gestattet es den Autoren, die im Anschluss an die Arbeiten von Ernst Manheim, Reinhart Koselleck, Jürgen Habermas und Richard van Dülmen entwickelte These von

einer Politisierung der Aufklärung in den 1760er- und 70er-Jahren zu unterminieren. In der Tat vermögen sie wichtige Merkmale herauszuarbeiten, die bis anhin als kennzeichnend für die Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit im späten 18. Jahrhundert angenommen wurden. Die Kommunikationspraxis der Collegia erweist sich auf den ersten Blick als überraschend modern, und die Organisationsprinzipien genügen den formalen Definitionskriterien der bis anhin untersuchten Aufklärungssozietäten. Trotzdem bleiben einige Vorbehalte: Unbestritten ist die These, dass mit den Collegia frühaufklärerische, städtische Selbstbildungsgesellschaften entstanden sind, die politische Themen aus ihren Diskussionen nicht ausklammerten. Allerdings erreichte dieser politische Diskurs – wie die Autoren selbst konzedieren – nicht das Niveau der spätaufklärerischen Sozietäten, die mit ihren teilweise radikalreformerischen Ansprüchen programmatisch weit über die Intentionen der Collegia hinausgingen und sich nicht nur auf Wissensakkumulation konzentrierten.

Von besonderem Interesse ist auch die politische Rolle der Sozietäten im Hinblick auf die Bürgerbewegung von 1713. Die Bedeutung der Gesellschaften für die Formierung einer frühbürgerlichen Öffentlichkeit und einer innerstädtischen Protestbewegung hätte allerdings noch etwas akzentuierter herausgearbeitet werden können. Hier wäre eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Thesen Andreas Würglers zu den Zusammenhängen von Unruhen und Öffentlichkeit wünschenswert gewesen, zumal die Anführer der Zürcher Bürgerbewegung auf die naturrechtlichen Debatten in den Gesellschaften zurückgreifen konnten. Am Schicksal des in den Sozietäten politisierten Johann Jacob Scheuchzer, eines Anführers der Zürcher Bürgerbewegung, hätte sich zudem verdeutlichen lassen,



dass die frühe Entdeckung des *homo politicus* der Stadt nicht nur zur Ehre gereichte, sondern dass der politische Emanzipationsprozess und die Zürcher Frühaufklärung mit Repressionsmechanismen konfrontiert waren, die für die Spätaufklärung in Zürich wieder konstitutiv wurden. Schon kurz nach dem obrigkeitlich erzwungenen Abbruch der Reformbewegung macht sich der restriktive Kurs gegenüber der frühbürgerlichen Öffentlichkeit und ihren Diskussionsforen bemerkbar: Als Scheuchzer dem Kleinen Rat vorschlägt, ein «collegium» über die Fundamentalgesetze und insbesondere über den Geschworenen Brief zu halten, um der Jugend «die schönheit unserer regierung» vorzustellen und diese «in ein[en] parallelismus mit anderen eid-

genössischen und andern insonderheit alten römischen und griechischen republiques zu bringen», muss er resigniert konstatieren, dass von den Gnädigen Herren «der histori und des collegii halb nichts positives erkannt worden». Die Feststellung der Autoren, dass die politischen Diskussionen in der Wasserkirche und der Chorherrenstube keine direkte Fortsetzung fanden und im 18. Jahrhundert gleichsam nochmals von vorne einsetzen mussten, könnte auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Rolf Graber (Kreuzlingen)